

# Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1971

Im abgelaufenen Jahr sind einige Ereignisse hervorzuheben, deren Auswirkungen sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes beeinflussen. So verdient im Bereich der Landespolitik die Gebiets- und Verwaltungsreform besondere Beachtung. Noch vor der Sommerpause hat der Landtag von Baden-Württemberg mit der Verabschiedung des Kreisreform- und Regionalverbandsgesetzes die Verwaltungsstruktur des Landes grundlegend verändert und damit auch zugleich die Prämissen einer regional ausgeglicheneren Wirtschaftsstruktur gegeben. Mit weit über 400 freiwilligen Zusammenschlüssen unterstützten seither zahlreiche Gemeinden das Ziel der Landesregierung, funktionsfähige und finanzstarke Kommunaleinheiten zu schaffen und auf dem Wege der Delegation von Zuständigkeiten eine möglichst bürgernahe und flexible Verwaltung zu ermöglichen.

Bei einer gleichbleibenden Zahl von 9 Stadtkreisen werden die bisher 63 Landkreise von 1973 an auf 35 größere Gebietseinheiten reduziert. Daneben wird die Regionalplanung von zunächst 11 Regionalverbänden getragen. Die bisherigen vier Regierungspräsidien sollen in diesem Zusammenhang künftig fortfallen. Eine erste Übersicht hierzu wurde bereits in Heft 8/1971 dieser Zeitschrift veröffentlicht.

Damit sind auch schon wesentliche Voraussetzungen zur Realisierung des kürzlich dem Parlament vorgelegten Landesentwicklungsplanes erfüllt, dessen Zielsetzung die strukturelle Förderung des Landes und seiner Gebietseinheiten auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet im Blick auf die Integration in die bundesdeutschen und europäischen Zusammenhänge beinhaltet.

Nicht zuletzt wurzeln auch die Bemühungen der Landesregierung um eine angemessene Beteiligung an den Steuereinnahmen des Bundes in der Sorge um die Erfüllung der dringenden bildungs- und strukturpolitischen Aufgaben.

Als weiteres Merkmal landespolitischer Ereignisse ist die im Bereich der Lohnpolitik durch Streik und Aussperrung entstandene Situation zu betrachten, deren Folgen sich in erster Linie wirtschaftlich äußern. Beispielsweise wird der damit verbundene Produktionsausfall, dessen Höhe je Streiktag auf etwa 65 Mill. DM zu veranschlagen ist, die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts merklich mindern.

Bei den exogenen politischen Einflüssen ist an die jüngsten Verhandlungen zur Vorbereitung einer erweiterten EWG zu denken, deren Auswirkungen sowohl die einheimische Landwirtschaft als auch die gewichtigen exportorientierten Industrien des Landes wirtschaftlich berühren. Außerdem ist mit der Beilegung der Währungskrise in Verbindung mit der Aufhebung der amerikanischen Importrestriktion ein Moment der Unsicherheit im gesamten Ausfuhrbereich entfallen. Selbst die von den Ostverträgen erwartete Begünstigung der handelspolitischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten könnte sich auf das wirtschaftliche Geschehen des Landes vorteilhaft auswirken.

Es ist naheliegend, daß bei einer Rückschau der wirtschaftliche Aspekt besonderes Interesse gewinnt. Wenn hierauf im folgenden verstärkt eingegangen wird, so sollte nicht übersehen werden, daß die übrigen Aspekte des gesellschaftlichen Lebens im sozialen Bewußtsein eine nicht weniger bedeutende Rolle spielen und daß es letzten Endes menschliche Belange sind, um dererwillen gewirtschaftet wird.

Im ganzen hat das abgelaufene Jahr in vielerlei Hinsicht zufriedenstellende Ergebnisse gebracht. Wenn auch noch nicht alle Zahlen für das ganze Jahr vorliegen, geben doch die von Fall zu Fall vorgenommenen Hochschätzungen ein gutes Bild von der tatsächlichen Entwicklung, auch wenn die Zahlen von dem späteren Gesamtergebnis leicht abweichen können.

Mit besonderem Interesse wurde allgemein die konjunkturelle Entwicklung verfolgt, die, zwar anfänglich noch von den Merkmalen der Spannung geprägt, nunmehr durchaus Anzeichen einer Beruhigung und Normalisierung erkennen läßt. Am Ende des Jahres kann festgestellt werden, und die vorliegenden Zahlen beweisen es, daß es zu keinem tiefgreifenden Umbruch gekommen ist, wenn sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet einige Produktions- und Verbrauchsverschiebungen bemerkbar machen, deren Verlauf und Dauer ganz sicher abgeschätzt werden können.

## Über 9 Millionen Einwohner – noch immer hohe Zuwanderung

Der jeweilige Bevölkerungsstand und die Bevölkerungsstruktur wurden seit der Volkszählung 1961 durch die statistisch erfaßten Veränderungen laufend fortgeschrieben. Eine genaue Bestandsaufnahme vermittelte erst wieder die Zählung vom 27. Mai 1970, deren erste Ergebnisse in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahres angefallen sind. Für Baden-Württemberg ergab sich danach eine *Wohnbevölkerung* von 8,895 Mill. Personen. Das durch Fortschreibung erzielte Ergebnis lag demgegenüber um rund 0,1 Mill. Personen höher. Diese Differenz erscheint in Anbetracht des 9jährigen Abstands der beiden Volkszählungen verhältnismäßig gering. Gegenüber der Zählung von 1961 hat sich die Einwohnerzahl um 1,136 Mill. Personen oder um rund 15% erhöht. Damit weist Baden-Württemberg von allen Bundesländern in diesem Zeitraum das größte Bevölkerungswachstum auf.

In den einzelnen Teilgebieten des Landes war die Bevölkerungsentwicklung allerdings sehr unterschiedlich. Sie bewegt sich zwischen einer Abnahme um rund 6% in Baden-Baden und einer Zunahme um 42% im Kreis Böblingen.

Die Volkszählung bestätigte, was schon die Bevölkerungsfortschreibung erkennen ließ, daß die wirtschaftlich starken Kreise auch die stärkste Bevölkerungszunahme aufweisen. Sie liegt zum Beispiel bei den zum hochindustrialisierten Großraum Stuttgart zählenden Kreisen Leonberg, Böblingen, Esslingen, Nürtingen, Waiblingen, Backnang, Ludwigsburg und Vaihingen bei 22% und darüber. Die auch im Landesentwicklungsplan als strukturschwach ausgewiesenen Kreise Crailsheim, Künzelsau, Schwäbisch Hall, Tauberbischofsheim, Bad Mergentheim und Buchen haben dagegen nur eine Bevölkerungszunahme von knapp 8% erfahren. Aber auch rückläufige Einwohnerzahlen sind zu verzeichnen, und zwar bei Stuttgart (– 0,7%), Heidelberg (– 3,4%) und Baden-Baden (– 6,2%), da offensichtlich die an diese Stadtkreise angrenzenden Gebiete als Wohnorte bevorzugt werden.

Die verhältnismäßig starke Bevölkerungszunahme steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der davon ausgehenden Anziehungskraft,

Tabelle 1  
Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1968	1969	1970	1971 <sup>1)</sup>
Geburten .....	147 961	140 087	128 212	126 000
Sterbefälle .....	93 263	94 628	92 628	94 000
Geburtenüberschuß .....	54 698	45 459	35 584	32 000
Wanderungssaldo .....	93 724	150 347	109 461	69 000
Bevölkerungszunahme ..	148 422	195 806	145 045	101 000
Bevölkerungsbestand ...	8 713 893	8 909 699	8 953 607	9 055 000

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen.

denn sie ist zum größten Teil auf die Zuwanderung von *Ausländern* zurückzuführen. Ihre Zahl ist im vergangenen Jahr auf über 641 000 gestiegen. Damit hat sich ihr Anteil an der Wohnbevölkerung seit 1961 fast vervierfacht und beträgt bereits 8%. Das bedeutet, daß jeder 12. Einwohner des Landes keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Diese Veränderung der Bevölkerungsstruktur verdient besondere Beachtung, weil damit für Staat und Gesellschaft auch neue Aufgaben verbunden sind.

Die regionale Verteilung der Ausländer ist allerdings entsprechend der unterschiedlichen Industrialisierung ziemlich ungleichmäßig. So sind in den hochindustrialisierten Kreisen, die auch das größte Bevölkerungswachstum aufweisen, schon mehr als 10% der Bevölkerung Ausländer, während in den wirtschaftlich schwächsten Kreisen der Anteil der Ausländer noch unter 3% liegt. Am stärksten ist er mit 12,6% in Esslingen, wo demnach bereits jeder achte Einwohner Ausländer ist. Der absoluten Zahl nach liegt allerdings Stuttgart mit über 77 000 Ausländern an der Spitze.

Die Bevölkerungsbewegung im Jahr 1971 – soviel läßt sich bereits jetzt schon sagen, auch wenn die Zahlen des 4. Quartals zum Teil geschätzt werden mußten – führten zu einer Bevölkerungszunahme von über 101 000 Personen.

Damit beträgt die Einwohnerzahl Baden-Württembergs, wenn die Ergebnisse der letzten Volkszählung mit den inzwischen eingetretenen Veränderungen fortgeschrieben werden, rund 9,1 Mill. Wie sehr die Bevölkerungszunahme unter den Einflüssen der wirtschaftlichen Entwicklung steht, geht daraus hervor, daß sie zu 70% auf der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte beruht. Der Wanderungssaldo ist zwar bedeutend niedriger als in den beiden vorhergehenden Jahren, beträgt aber dennoch etwa 69 000 Personen.

In der natürlichen Bevölkerungsentwicklung hat sich der Geburtenabschwung, der im Jahr 1970 gegenüber dem Vorjahr noch 8% betrug, zwar fortgesetzt, aber doch mit einer deutlichen Verlangsamung, denn 1971 lag die Geburtenzahl nur noch knapp 2% unter der des Vorjahres. Auch hier wird allerdings die Entwicklung durch ansässige Ausländerfamilien nicht unwesentlich beeinflusst. Ihr Anteil an den Geburten beträgt bereits 13% und ist wegen der günstigen Altersstruktur weit größer als der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (8%).

Obwohl die Zahl der Sterbefälle im ersten Quartal des Jahres unverhältnismäßig hoch war, hat sie sich insgesamt gegenüber 1970 mit rund 94 000 nur unwesentlich verändert. Der Saldo aus Geburten und Sterbefällen ergab für 1971 noch einen Geburtenüberschuß von 32 000, der um 3500 geringer war als im Vorjahr.

## Weiterer Anstieg der Schülerzahlen

Auch im abgelaufenen Jahr ist die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen um etwa 3% auf nunmehr fast 1,4 Mill. angestiegen. Die schon in den letzten Jahren beobachtete Tendenz der jährlich steigenden Schülerzahlen geht auf die Verlängerung der Ausbildungszeiten sowie die Förderung des Besuchs weiterführender Schulen zurück. So hat nicht zuletzt auch die Einführung des neunten Pflichtschuljahres bewirkt, daß sich heute praktisch jeder Vierzehnjährige noch in schulischer Ausbildung befindet, während zu Beginn des Jahrzehnts sechzehn von hundert Jugendlichen des gleichen Jahrgangs schon endgültig aus dem Schulleben ausgeschieden waren. Die Auswirkungen der Intensivierungsmaßnahmen der Schulausbildung sind auch an den im gleichen Zeitraum deutlich gewachsenen altersspezifischen Ausbildungsquoten der um ein bis drei Jahre älteren Jugendlichen abzulesen, die also offensichtlich von den an weiterführenden Schulen neu gebotenen Bildungschancen zahlreichen Gebrauch gemacht haben.

Die grundlegenden Wandlungen in den Ausbildungsquoten

sowie die erfreuliche Entwicklung der Übergangsquoten sind gleichermaßen Indizien für eine in den letzten Jahren erfolgreiche Bildungspolitik.

So steht einer stetigen Verminderung der Ausbildungsquoten in der Hauptschule eine entsprechende Erhöhung in den weiterführenden Institutionen gegenüber, unter denen die Realschulen einen besonders starken Aufschwung erfahren haben. Ihre Schülerzahl hat sich seit 1960 mehr als verdreifacht. In ähnlicher Weise beweist auch die Entwicklung der Übergangsquoten auf weiterführende Schulen – im Landesdurchschnitt setzt mindestens jeder zweite Schüler einer 4. Grundschulklasse seine Schulausbildung in einer Realschule oder einem Gymnasium fort – daß man dem angestrebten Ziel der Chancengleichheit im Bildungswesen einige Schritte näher gekommen ist.

Bei all diesen erfreulichen Ergebnissen sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die soziale und regionale Herkunft noch immer einen teilweise erstaunlichen Einfluß ausüben. So zeigen die Volkszählungsergebnisse, daß von den Bewohnern der Stadtkreise jeder Dritte, in den Landkreisen aber nur jeder Fünfte eine weiterführende Bildungseinrichtung besucht und erfolgreich abgeschlossen hat. Auch wenn die Übergangsquoten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten noch immer zuungunsten letzterer relativ stark streuen, so darf doch aufgrund ihrer gerade auf dem Lande in den letzten Jahren teilweise besonders raschen Aufwärtsentwicklung mit einer sich fortsetzenden Nivellierung des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land gerechnet werden. Ganz generell wird der Bildungsstand der Bevölkerung in absehbarer Zeit durch einen bedeutend größeren Anteil gehobenerer Abschußqualifikationen gekennzeichnet sein, liegt doch heute schon die Schülerzahl an Realschulen und Gymnasien über der an den Hauptschulen. Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht bestimmt auch heute noch in erheblichem Umfang den Bildungserfolg der Jugendlichen. So sind im Herbst 1971 fast neun von zehn Akademikerkindern von der 4. Klassenstufe der Grundschule in die unterste Klasse einer Realschule (6%) oder eines Gymnasiums (82%) übergetreten, während von den aus Nichtakademikerfamilien stammenden Schülern nur jeder Fünfte bzw. jeder Vierte seine Ausbildung an einer Realschule oder einem Gymnasium fortsetzt. Wenn man berücksichtigt, daß jeder zweite Erwerbstätige ein Arbeiter ist, tritt die Unterrepräsentation der Arbeiterkinder besonders zutage: Nur jeder Dritte wechselt auf eine weiterführende Schule (Realschule 20%; Gymnasium 13%).

Mit dem enormen Anstieg der Schülerzahlen im Verlauf der sechziger Jahre um ca. 50% haben die personellen und räumlichen Kapazitäten laufend erweitert werden müssen. Vom Frühjahr 1965 bis Ende 1970 wurden pro Jahr an allgemeinbildenden Schulen durchschnittlich 1744 Schulräume fertiggestellt, die Zahl der Lehrer hat im gleichen Zeitraum um über 45% auf annähernd 48 800 hauptamtlich und hauptberuflich tätige Kräfte zugenommen. Alles in allem hat die Entwicklung auf Seiten des materiellen und personellen Bildungsangebots insoweit mit der der Schülerzahlen Schritt halten können, daß die auf eine Lehrkraft und eine Klasse entfallende Schüleranzahl gehalten und in einigen Fällen sogar gesenkt werden konnte.

Tabelle 2  
Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen<sup>1)</sup>

Schulart	Zahl der		Veränderung gegen Vorjahr %
	Klassen	Schüler	
Grundschüler .....	28 646	626 757	+ 3,0
Hauptschüler .....		317 257	- 1,8
Sonderschulen .....		47 267	+ 11,9
Realschulen .....		145 201	+ 8,9
Gymnasien .....		211 900	+ 7,2
Insgesamt .....	43 077	1 348 382	+ 3,3

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

## Studentenzahl an den Universitäten um 10% zugenommen

Die Anzahl der Studierenden an den neun baden-württembergischen Universitäten hat gegenüber dem vorhergehenden Wintersemester um 10% auf fast 67 600 zugenommen. Dazu hat auch die erneut gestiegene Anzahl der Studienanfänger beigetragen, die im laufenden Semester mit beinahe 10 300 um rund 1800 über der Vorjahreszahl liegt. Diese Entwicklung dürfte sich auch in den kommenden Jahren noch weiter fortsetzen, läßt sich doch jetzt schon absehen, daß die Zahl der Abiturienten, die sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt hat, auch weiterhin stark zunehmen wird. Eine immer bedeutendere Rolle spielt auch der laufend wachsende und bald ein Fünftel betragende Anteil der fachgebundenen Hochschulreife, was als Indiz dafür gelten kann, daß die aufgrund der erhöhten Durchlässigkeit des Bildungssystems sich vermehrt bietenden Chancen auch tatsächlich genutzt werden. Die Zahl der rund 5800 ausländischen Studierenden hat mit fast 16% noch stärker als die ihrer deutschen Kommilitonen zugenommen.

Tabelle 3  
Studierende an Wissenschaftlichen Hochschulen

Universität	Studierende im Wintersemester		Zunahme in %
	1971/72	1970/71	
Freiburg .....	13 329	12 371	8
Heidelberg .....	14 221	13 018	9
Hohenheim .....	1 577	1 465	8
Karlsruhe .....	8 835	7 908	12
Konstanz .....	1 009	874	15
Mannheim .....	5 440	5 031	8
Stuttgart .....	8 849	7 976	11
Tübingen .....	13 926	12 738	9
Ulm .....	392	145	170
<b>Zusammen .....</b>	<b>67 578</b>	<b>61 526</b>	<b>10</b>

Die Anziehungskraft der traditionsreichen Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen hat offensichtlich nichts eingebüßt, wenn nach wie vor über 60% der Studierenden dort immatrikuliert sind. Besonders hohe Zuwachsraten verzeichnen die noch im Aufbau befindlichen Neugründungen Konstanz und Ulm, während die unter dem Durchschnitt liegenden Veränderungsraten der alten Universitäten unter anderem auch die sich dort erschöpfenden Möglichkeiten weiterer Kapazitätsausweitung anzeigen.

Auch an den Pädagogischen Hochschulen hat die Studierendenzahl um immerhin 8% auf nahezu 14 550 zugenommen, wobei fast jeder Vierte erstmals im laufenden Semester immatrikuliert wurde.

## Erwerbsstruktur im Wandel

Zwischen den beiden Volkszählungen 1961 und 1970 war das Arbeitsmarktgeschehen einerseits in der Mehrzahl der Jahre durch Überbeschäftigungssymptome gekennzeichnet, zum anderen haben im Strukturbild der Erwerbstätigen teilweise grundlegende Verschiebungen stattgefunden. Bei einer Bevölkerungszunahme von etwa 15% hat die Zahl der Erwerbstätigen nur um wenig mehr als 4% zugenommen. Das sich auch in der Verminderung der Erwerbsquote von 52% auf 47% abzeichnende Entwicklungstempo findet in erster Linie eine Erklärung in den verlängerten Ausbildungszeiten und dem steigenden Anteil der noch nicht oder nicht mehr im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen. Die Zunahme um rund 163 000 Erwerbstätige ist somit zu einem großen Teil auch nur durch den hohen Zustrom an ausländischen Arbeitskräften möglich gewesen, deren Zahl in dem betrachteten Zeitraum um fast das Zweieinhalbfache angestiegen ist. Auffallende Ver-

änderungen sind vor allem in der nach Wirtschaftsbereichen gegliederten Erwerbsstruktur zu verzeichnen. Vorwiegend auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft, deren Anteil an den baden-württembergischen Erwerbstätigen um die Hälfte auf nunmehr 8% sank, haben das Produzierende Gewerbe und die Dienstleistungsbereiche (ohne Handel und Verkehr) ihren Vorsprung auf 55% (+ 6%) bzw. 23% (+ 13%) ausbauen können. Letztere haben damit den größten Teil ihres Nachholbedarfs gegenüber dem Bundesdurchschnitt eingeholt, wo nahezu jeder Vierte in diesem Teilbereich des tertiären Sektors beschäftigt ist. Dagegen scheint bei Handel und Verkehr mit einem unveränderten Anteil von 14% in Baden-Württemberg eine ähnliche Stagnation wie im Bundesgebiet eingetreten zu sein, deren Ursachen wohl in erster Linie in den sich immer mehr durchsetzenden arbeitssparenden Formen der Güterverteilung beim Handel zu suchen sind.

Bei einer kleinräumlichen Betrachtung der Erwerbsstrukturen fällt auf, daß von den verbleibenden 14 Landkreisen, in denen mindestens jeder Fünfte einer Beschäftigung in der Landwirtschaft nachgeht, alleine zehn zu den strukturschwachen Gebieten des Landes zählen, andererseits aber der Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes gerade in den strukturschwachen Kreisen mittlerweile deutlich stärker als im Landesdurchschnitt gewachsen ist. Hierin spiegeln sich nicht zuletzt auch die Auswirkungen der zur Verringerung des Wirtschaftsgefälles ergriffenen Förderungsmaßnahmen. Doch ist auf der anderen Seite festzustellen, daß die ländlichen Kreise im Wettlauf um das Erwerbstätigenpotential den Randzonen der Agglomerationszentren, wie zum Beispiel die Landkreise Böblingen, Esslingen, Leonberg und Heidelberg, Mannheim, nach wie vor unterlegen sind.

## Abbau der Überbeschäftigung

Die sich schon im letzten Quartal 1970 anbahnende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. So hat insbesondere der sich in der Zahl der *offenen Stellen* offenbarende Kräftebedarf von Wirtschaft und Verwaltung merklich nachgelassen: Der Höchstbestand an offenen Stellen im Juni 1971 liegt mit 123 400 um 16% unter dem des Vorjahres. Im Oktober des abgelaufenen Jahres ist die Nachfrage nach Arbeitskräften erstmals seit Mai 1968 wieder unter 100 000 auf 95 300 gefallen.

Der Tendenzumschwung in der konjunkturellen Entwicklung wird auch durch andere Indikatoren des Arbeitsmarktgeschehens deutlich widerspiegelt. Wenn auch die *Arbeitslosenzahl* von 13 000 zu Beginn des letzten Quartals 1971 bei einer Arbeitslosenquote von 0,4% (Bundesdurchschnitt 0,8%) und sieben offenen Stellen je Arbeitslosen noch keinen Anlaß zu ernsthaften Befürchtungen gibt, so hat sich doch das Bild gegenüber 1970 grundlegend geändert. Trotz vergleichsweise günstiger Witterungslage im Frühjahr 1971 lag von Januar bis April die Arbeitslosenzahl durchschnittlich um 35% über der des vorangegangenen Frühjahrs, das durch einen besonders lang anhaltenden Winter gekennzeichnet war. Weiterhin ist im Ablauf des Jahres 1971 der saisonüblich hohe Dezemberwert von 1970 nur im Juni mit 10 100 Arbeitslosen knapp unterschritten worden. Ausgehend von diesem relativ hohen Niveau im letzten Sommer ist die Arbeitslosenzahl im Herbst stärker als saisonüblich angewachsen. Die Zunahme von September zu Oktober 1971 betrug wenig mehr als 14% und entsprach damit ungefähr der des Bundesdurchschnitts.

Das veränderte Bild des Arbeitsmarktes wird auch durch die Entwicklung der *Kurzarbeit* geprägt. Ein erster Höhepunkt ist mit 18 300 Kurzarbeitern im September erreicht worden, was der außergewöhnlichen Steigerung von 46% gegenüber August entsprach. Im November wurden nach einer sich in einer Verringerung ausdrückenden Sonderbewegung im Oktober – 21 500 Kurzarbeiter registriert, was gegenüber September eine Erhöhung um weitere 18% bedeutet. In sieben der ersten elf Monate sind teilweise beträchtlich mehr Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen worden als Arbeitslose gezählt wurden.

Diese an und für sich ungewöhnliche Situation läßt sich dahingehend deuten, daß die Unternehmen angesichts noch verhältnismäßig hoher Auftragseingänge zunächst eine flexiblere Art der Steuerung ihrer Kapazitätsauslastung bevorzugen. Die konjunkturbedingten Abschwächungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt werden in allen Wirtschaftszweigen verspürt. In stärkerem Umfang treten die verschiedenen Anzeichen allerdings nur in den besonders konjunkturabhängigen Bereichen des Maschinenbaus, der Metall- und der Elektroindustrie und auch teilweise im Tiefbaugewerbe zutage. Ausgesprochen regionale Schwerpunkte lassen sich ebenfalls kaum registrieren, die wenigen bezüglich der Arbeitslosenquote über dem Landesdurchschnitt liegenden Kreise fallen weitgehend mit den Standorten der oben erwähnten konjunkturreagiblen Industriezweige zusammen.

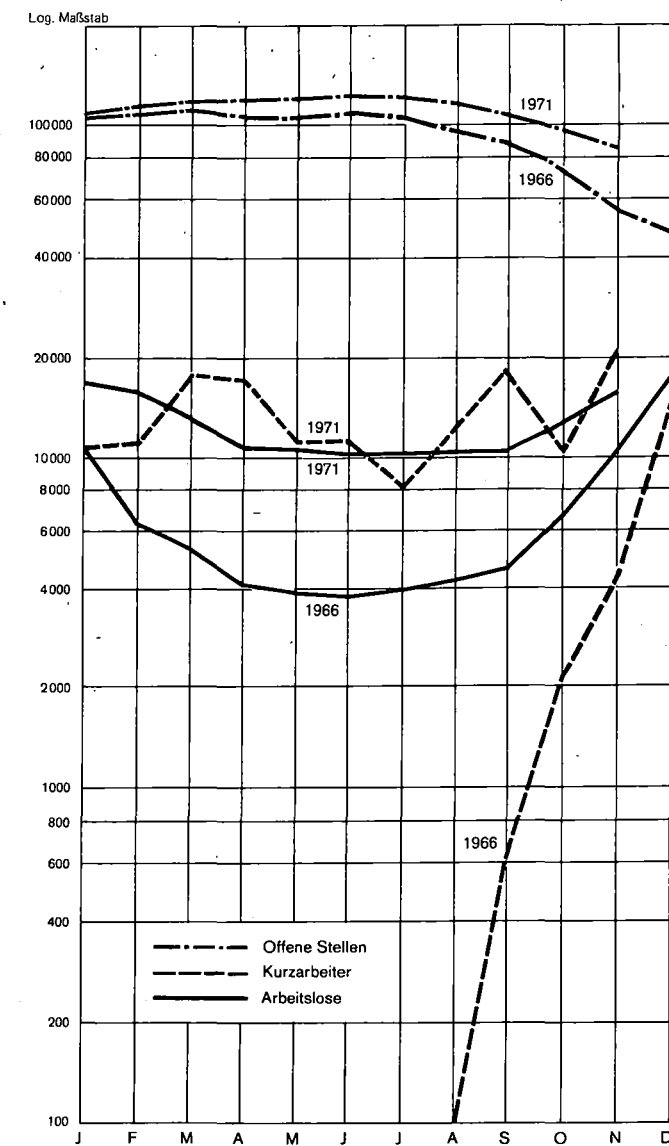
Entgegen der sich normalisierenden Arbeitsmarktlage hat sich die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte im September 1971 gegenüber dem Vorjahr um nochmals 8% auf 552 100 erhöht. Damit geht nahezu ein Viertel der in der Bundesrepublik beschäftigten Gastarbeiter in Baden-Württemberg der Arbeit nach. Mehr als die Hälfte davon sind Jugoslawen (27,8%) und Italiener (25,7%); Türken (15,9%), Griechen (12,3%) und Spanier (5,9%) folgen mit deutlichem Abstand. Von hundert abhängig Erwerbstätigen waren 1971 fast sechzehn Ausländer. Über die Hälfte der in Baden-Württemberg registrierten ausländischen Arbeitnehmer ist allein in Nordwürttemberg beschäftigt, in Stuttgart kommt fast jeder vierte Arbeitnehmer aus dem Ausland.

Diese Situation kann nur allzu leicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Nachfrage nach ausländischen Arbeitnehmern in den letzten Monaten merklich zurückgegangen ist. Der Bestand an offenen Stellen für Ausländer erreichte schon zu Ende September nur noch 60% des Vorjahresbestandes. Auch der teilweise beträchtliche Rückgang der neu angeforderten ausländischen Arbeitskräfte sowie die verminderte Vermittlungstätigkeit sind unzweifelhaft in die Reihe der Symptome eines sich normalisierenden Arbeitsmarktes einzuordnen.

Die im Verlauf des Jahres 1971 immer deutlicher sich abzeichnende Verlangsamung des im zurückliegenden Konjunkturzyklus vorherrschenden Wachstumstempos läßt die Frage aufkommen, inwieweit die Entwicklung der verschiedenen Arbeitsmarktkindikatoren nur auf einen Abbau der Überbeschäftigung und eine in diesem Sinne wünschenswerte Normalisierung hinweist oder aber doch schon erste Anzeichen einer sich anbahnenden Rezessionsphase signalisiert. Ein Vergleich mit dem Auslaufen des letzten Konjunkturzyklus in der zweiten Jahreshälfte 1966 läßt zumindest bis zum November des Berichtsjahres alles in allem nicht den Schluß zu, daß eine ähnlich prekäre Entwicklung der Arbeitslosenzahl zu befürchten ist. Wie Erinnerunglich verlief diese damals in Baden-Württemberg deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts. Bei Betrachtung der zweiten Jahreshälfte ist zwar festzustellen, daß die im Herbst saisonübliche Abschwächung durch konjunkturbedingte Einflüsse verstärkt wird, das Wachstumstempo dieser Tendenz bleibt jedoch zumindest bei der Zahl der Arbeitslosen und offenen Stellen ganz erheblich hinter dem des Herbstes 1966 zurück (Schaubild). Das gegenüber dem Vergleichsjahr durchweg höhere Niveau der Arbeitslosenzahl ist insofern unbedenklich, als es auf der anderen Seite durch ein entsprechend höheres Arbeitsplatzangebot kompensiert wird. So entfallen im November 1971 auf einen Arbeitslosen noch reichlich fünf offene Stellen. Auch die Entwicklung der Kurzarbeiterzahlen zeigt deutlich die unterschiedliche konjunkturelle Stimmungslage an. Dem raschen Anstieg im Herbst 1966 steht eine auf ungefähr gleichem Niveau verharrende Zahl im Jahr 1971 gegenüber. Berücksichtigt man neben einer Arbeitslosenzahl von 0,5% (Bund 1%) auch die Beilegung des Streiks in der Metallindustrie sowie weiterhin die mit der Neuordnung der Wechselkursparitäten verbundene positivere Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung, so dürfte eher von einer Normalisierung als von einer Krise des Arbeitsmarktes gesprochen werden.

Schaubild 1

Offene Stellen, Kurzarbeiter und Arbeitslose 1966 und 1971



## Landwirtschaft tendiert zum Großbetrieb

Der Anpassungsprozeß der Landwirtschaft an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und an den gemeinsamen Markt der EWG ist mit einem einschneidenden Strukturwandel verbunden, der sich verstärkt in mancherlei Hinsicht fortsetzt. Er ist besonders gekennzeichnet durch eine Abnahme der Zahl der Betriebe von 0,5 bis unter 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) und einer Zunahme der Zahl der Betriebe von 20 bis 50 ha LF. Insgesamt wurden in den letzten 10 Jahren 71 000 Betriebe der unteren Größenklassen aufgegeben, so daß es 1971 nur noch rund 254 000 landwirtschaftliche Betriebe gab.

Diese Entwicklung, die mit einer verstärkten Rationalisierung und größerem Maschineneinsatz verbunden war, führte seit 1961 zu einer Freisetzung von fast der Hälfte der in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen und damit zu einer bedeutenden Wandlung der Erwerbsstruktur überhaupt. So zählten im Jahr 1961 noch 16% aller Erwerbstätigen zur Land- und Forstwirtschaft, im Jahr 1971 waren es dagegen nur noch 8%. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn nur die in landwirtschaft-

**Tabelle 4**  
**Größenstruktur der Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebe**

Größenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche	1970			Veränderung gegenüber 1960	
	Betriebe		LF <sup>1)</sup>	Betriebe	
	Anzahl in 1000	%		Anzahl in 1000	%
0,5 bis unter 2 ha	89,7	35,3	5,7	-26,3	-22,7
2 bis unter 5 ha	59,6	23,4	11,9	-30,8	-34,1
5 bis unter 20 ha	91,2	36,8	57,6	-18,8	-17,1
20 bis unter 50 ha	13,2	5,2	21,0	+ 4,8	+57,1
50 bis unter 100 ha	0,5	0,2	2,1	-	-
100 und darüber	0,2	0,1	1,7	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>254,4</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>-71,1</b>	<b>-21,8</b>

<sup>1)</sup> Landwirtschaftlich genutzte Fläche.

lichen Betrieben vollbeschäftigten Arbeitskräfte gezählt werden. Ihre Zahl ging von 217 000 im Jahr 1965 auf 130 000 im Jahr 1971 zurück.

Das Erntejahr 1971 hat, durch den Witterungsverlauf begünstigt, auf manchen Gebieten der pflanzlichen *Erzeugung* die Erwartungen weit übertroffen<sup>1</sup>. Die Getreideernte war die größte der Nachkriegszeit und lag mit 23 Mill. dz noch 2,7 Mill. dz über dem bisherigen Rekordjahr 1967. Dadurch konnte die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide für fast 11 Monate durch die eigene Erzeugung gesichert werden. Das hat auf der anderen Seite zur Folge, daß der Einfuhrbedarf deutlich kleiner sein wird als im vorhergehenden Wirtschaftsjahr, was übrigens auch für Futtergetreide zutrifft.

Obwohl die Anbaufläche für Kartoffeln weiter eingeschränkt wurde und gegenüber 1970 um fast ein Zehntel niedriger lag, konnte die Vorjahresernte noch übertroffen werden.

Beim Gemüsebau wurden die Anbauflächen zum Teil beträchtlich erhöht. Da beim Frühjahrsgemüse auch einigermaßen günstige Hektarerträge erzielt wurden, fiel hier die Ernte gut aus, während die Sommergemüsearten durch die anhaltende Trockenheit die Durchschnittsbeträge der letzten Jahre nicht erreichten.

Beim Kernobst wurde im allgemeinen eine gute Mittelernte erreicht. An Tafeläpfeln, von denen rund 45% aus modernen Intensivanlagen stammen, können immerhin 40 kg je Kopf der Bevölkerung veranschlagt werden. Im Vergleich zu der überdurchschnittlichen Kirschenernte sind die unter dem Vorjahresergebnis liegenden Erträge beim übrigen Steinobst als mittelmäßig zu bezeichnen.

Bei der *Viehhaltung* setzte sich die Tendenz zur Rationalisierung verstärkt fort. So gaben innerhalb eines Jahres rund 11 000 Betriebe ihre Viehhaltung auf. Nicht ganz so stark ging die Zahl der Tiere zurück, so daß sich der durchschnittliche Viehbestand von 12,8 auf 13,6 Tiere je Betrieb erhöhte. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch bei den rückläufigen Schweinehaltungen, deren Zahl zwar um über 7000 zurückging (- 4%), wofür aber die Zahl der Schweine um 78 000 (+ 3,5%) Stück zunahm. Die durchschnittliche Stückzahl je Betrieb stieg dadurch von 12,4 auf 13,5 Tiere.

Der Rückgang des Bestands an Milchkühen im Zusammenhang mit der Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der durch Prämien begünstigten Abschlichtungsaktion hat zu einem weiteren Rückgang der Milcherzeugung um rund 6% geführt.

Die *Erlöse* der baden-württembergischen Landwirtschaft wurden im Wirtschaftsjahr 1970/71 (1. 7. bis 30. 6.) ohne die direkten Zahlungen, wie Ausgleich für DM-Aufwertung, Investitions- und Liquiditätshilfen auf 4,54 Mrd. DM berechnet. Gegenüber dem vorhergehenden Wirtschaftsjahr bedeutet das eine Zunahme von 2,2%. Wenn man berücksichtigt, daß der Index

für Betriebsmittelpreise in dieser Zeit um 10 Punkte anstieg, ist im Vergleich damit die Kaufkraft der Agrarerzeugnisse zurückgegangen<sup>2</sup>. Für das Kalenderjahr 1971 hat eine vorläufige Berechnung für die pflanzliche Produktion einen Produktionswert von 1,883 Mrd. DM, und für die tierische von 2,805 Mrd. DM, insgesamt also von 4,688 Mrd. DM ergeben. Gegenüber dem Vorjahr, in dem die Zunahme 3,6% betrug, liegt dieser Wert um 4,5% höher. Dazu haben vor allem die zum Teil überdurchschnittlichen Ernteergebnisse beigetragen.

## Entspannung in der Industrie hält an

Im Durchschnitt des Zeitraums Januar bis Oktober 1971 ist für die Industrie Baden-Württembergs bei Produktion und Umsatz (real) jeweils nur noch eine leichte Zunahme, beim Auftragseingang (real) sogar eine leichte Abnahme gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Berücksichtigt man den durch den Streik beeinflussten Monat November (Streikbeginn 22. 11. 1971), so ergibt sich für die elf Monate eine stagnierende Produktion, bei weiterhin schwach wachsendem Umsatz. Der Auftragseingang stabilisiert sich. Zusammenfassend ist somit festzustellen, daß sich die Industrie in etwa auf dem hohen Niveau des Jahres 1970 bewegt. Im einzelnen, also aufgespalten nach Branche, Indikator und Zeitraum, stellt sich allerdings die Entwicklung sehr differenziert und vielfältig dar. Ein eindeutiges Lagebild läßt sich nicht gewinnen, vielmehr ist die Beurteilung dieser Situation äußerst schwierig. Im Vergleich zu den extrem hohen Wachstumsraten und der damit verbundenen Überbeanspruchung der Kapazitäten im Boom von 1969/70 handelt es sich bei der Beruhigung der Gesamtsituation zweifellos um eine Normalisierung der wirtschaftlichen Lage, die auch in einer Entspannung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck kommt. Fraglich ist, ob mit dieser Normalisierung gleichzeitig auch eine Stabilisierung verbunden ist. Die Entwicklung in dem als Schlüsselsektor geltenden Investitionsgüterbereich, die bei der Produktion leicht rückläufig ist und beim Umsatz (real) nur noch geringfügig zunimmt, legt in der Beantwortung dieser Frage eine gewisse Zurückhaltung nahe. Besonders auffallend ist hier der mit Ende des Jahres 1969 eintretende deutliche Rückgang im Auftragseingang. Er geht im wesentlichen auf die Verhältnisse im Maschinenbau zurück und deutet auf eine nachlassende Investitionsneigung der übrigen Wirtschaft. Allerdings darf auch hier nicht übersehen werden, daß es sich um den Abbau eines erheblich über dem Industriedurchschnitt liegenden Niveaus handelt. Damit ist die sehr schwierige Lage gegeben, daß auf der einen Seite ein Ausbau der Kapazitäten im bisherigen übersteigerten Tempo und Ausmaß volkswirtschaftlich kaum wünschenswert ist, daß aber auf der anderen Seite die im Boom erheblich ausgebauten Kapazitäten nun auch beschäftigt werden müssen, wenn ein wirtschaftlicher Abschwung vermieden werden soll. Die bisherige vergleichsweise günstige Entwicklung des Grundstoff- und Produktionsgütersektors sowie auch des Verbrauchsgütersektors haben hier durchaus stützend gewirkt.

Parallel zur Differenzierung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung ergab sich im abgelaufenen Jahr eine labile Situation im Auslandsgeschäft. Sie wurde vor allem durch Unsicherheiten in der Währungspolitik sowie in der amerikanischen Außenhandelspolitik hervorgerufen. Die Wechselkursfreigabe vom Mai vergangenen Jahres führte zeitweise zu einer Defacto-Aufwertung der DM um etwa 10%, was zweifellos für das Exportgeschäft erschwerend gewirkt hat.

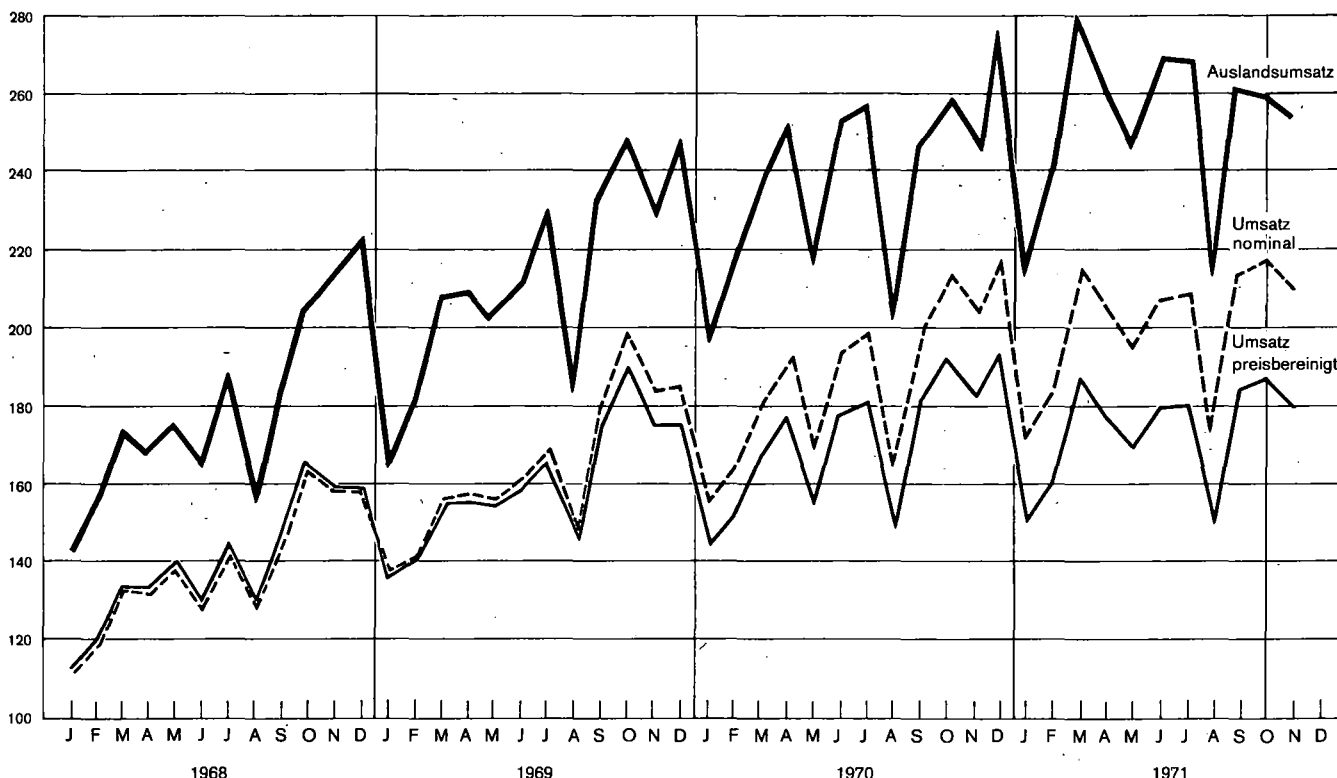
Ein genaues Jahresergebnis läßt sich für die Industrie noch nicht gewinnen, da die Schätzung für den Monat Dezember diesmal wegen der Auswirkungen des Streiks und der Aussperrung in der Metallverarbeitenden Industrie mit größeren Unsicherheitsfaktoren verbunden ist.

Im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 1971 lag die industrielle Produktion leicht, und zwar um 0,7%, über dem

<sup>1</sup> Vergleiche R. Stadler, Ernte und Versorgungslage 1971/72 in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1971.

<sup>2</sup> Vergleiche Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Berichte C IV - j 70/71 Agrardienst 60 vom 23. 11. 1971.

Schaubild 2  
Umsatz und Auslandsumsatz der Industrie  
1962 = 100



572

entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Anstieg von 1969 nach 1970 hatte noch bei 9,3% gelegen. Durch den mit dem Streik verbundenen Produktionsausfall könnte es allerdings möglich sein, daß für das gesamte Jahr 1971 ein Produktionsrückgang zu verzeichnen sein wird. So erreichte die Erzeugung bei Berücksichtigung des Monats November im bis dahin abgelaufenen Jahr mit einem Index von 182 gerade den entsprechenden Vorjahresstand. Zur Beurteilung dieser Situation sollte allerdings nicht übersehen werden, daß die Zunahme der drei Quartale 1971 (1970) gegenüber denen des Rezessionsjahres 1967 bei 45% (44%) liegt. Damit war das Produktionsvolumen von 1971 um fast die Hälfte größer als dasjenige von 1967. Gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Hochkonjunkturjahres 1965 betrug der Anstieg 40%.

Von den großen Industriebereichen weisen im Zeitraum Januar bis Oktober die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 4,4% (Vorjahr 7,7%) bzw. 3,6% (Vorjahr 3,3%) noch das vergleichsweise größte Wachstum aus. Die Produktion der Verbrauchsgüterindustrie nimmt um 1,5% (Vorjahr: 3,4%) zu – wobei die Textilindustrie ihre Produktion um 3,5% steigern konnte –, die der Investitionsgüterindustrie nimmt dagegen um 1,1% ab (Vorjahr: + 15,3%). Auch hier sollte allerdings berücksichtigt werden, daß die Produktion dieses Bereichs im 3-Jahreszeitraum 1967 bis 1970 um gut 50% gewachsen ist. Vom Streik in der Metallindustrie wurde der Investitionsgütersektor naturgemäß am stärksten betroffen. Er verzeichnete vom Oktober zum November 1971 einen Produktionsrückgang um 6,2%. Am stärksten war der Ausfall beim Fahrzeugbau mit 23,5%. Auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wurde berührt, so daß sich im November ein Produktionsrückgang von 1% gegenüber dem Vormonat ergab.

Der Umsatz der Gesamtindustrie stieg im Zeitraum Januar bis November 1971 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 80,7 Mrd. DM auf 86,9 Mrd. DM. Das entspricht einer Zunahme von 7,7%, was unter Berücksichtigung der Preissteigerungen in

diesem Zeitraum einen realen Anstieg von knapp 2% ausmacht. Der Anstieg 1970 gegenüber 1969 hatte real etwa bei 7% bis 7,5% gelegen. Nominalen Umsatzsteigerungen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie von 6,4% (auf 15,9 Mrd. DM), der Investitionsgüterindustrie von 9,0% (auf 44,5 Mrd. DM) und der Verbrauchsgüterindustrien von 6,4% (auf 19,2 Mrd. DM) stehen unter Berücksichtigung der jeweiligen Preissteigerungen – die bei den Investitionsgüterindustrien besonders groß sind – reale Zunahmen von etwa 3,5% (Vorjahr: etwa 6%), knapp 2% (Vorjahr: etwa 8,5%) und gut 2% (Vorjahr: etwa 4%) gegenüber. Die Umsatzabflachung ist also in der Investitionsgüterindustrie besonders stark.

Der Auslandsumsatz der Gesamtindustrie stieg im Zeitraum Januar bis November 1971 nominal um 6,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (Vorjahr: + 12,3%). Berücksichtigt man die Preisentwertung, die beim Auslandsumsatz erfahrungsgemäß leicht höher ist als beim Inlandsumsatz, so ergibt sich ein realer Anstieg von nur etwa 1%. Insgesamt stieg der Auslandsumsatz auf 15,8 Mrd. DM, er machte damit wie schon in den Vorjahren genau ein Fünftel des insgesamt erzielten Umsatzes aus.

Insgesamt gesehen entwickelte sich der Auslandsumsatz im Zeitraum Januar bis November 1971 wie auch schon im gleichen Vorjahreszeitraum etwas zurückhaltender als der Inlandsumsatz. Dies geht insbesondere auf die Verhältnisse in der Investitionsgüterindustrie zurück, wogegen der Auslandsumsatz in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie deutlich und in der Verbrauchsgüterindustrie leicht stärker entwickelt hat als der Inlandsumsatz. Im zweiten Halbjahr 1971 weist der Auslandsumsatz der Gesamtindustrie zweimal einen nicht saisonüblichen kleinen Rückgang (– 0,5%) auf und zwar vom Juni zum Juli sowie vom September zum Oktober. Damit präsentiert sich das Ergebnis für die erste Jahreshälfte wesentlich günstiger als für die zweite. Es dürfte sich hier um die Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Ereignisse von Mai und August des abgelaufenen Jahres handeln. Besonders be-

Tabelle.5  
Entwicklung des Auftragseingangs

Industrie- zweig	Auftragseingang							Preisveränderung	Auftragseingang					
	Januar bis November								Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
	1969	1970	1971	Veränderung				1970	1971					
				1969/70	1970/71	1969/70	1970/71							
				1962 = 100		%						1962 = 100		
Industrie insgesamt . . . . .	183	188	196	+ 2,7	+ 4,2	-	-	196	204	193	199	210	208	
Inland . . . . .	164	173	179	+ 5,5	+ 3,8	+ 5,9	+ 4,8	182	191	179	185	200	197	
Ausland . . . . .	276	266	281	- 3,6	+ 5,9	-	-	268	266	263	268	263	267	
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien . . . . .	177	196	205	+ 10,7	+ 4,6	-	-	224	214	194	212	216	223	
Inland . . . . .	165	183	190	+ 10,9	+ 4,1	+ 5,8	+ 2,9	211	203	182	199	203	213	
Ausland . . . . .	321	347	369	+ 8,1	+ 6,6	-	-	381	347	332	352	369	329	
Investitionsgüterindustrie . . .	197	198	202	+ 0,5	+ 1,9	-	-	198	194	196	204	201	209	
Inland . . . . .	174	180	181	+ 3,4	+ 0,9	+ 8,6	+ 7,1	180	178	180	188	189	197	
Ausland . . . . .	272	256	267	- 5,9	+ 4,5	-	-	257	247	248	259	240	247	
darunter														
Maschinenbau . . . . .	246	229	207	- 6,9	- 9,2	-	-	227	233	227	207	186	188	
Inland . . . . .	222	211	186	- 5,0	- 11,6	+ 9,4	+ 9,0	218	221	212	185	169	174	
Ausland . . . . .	297	267	252	- 10,1	- 5,4	-	-	247	258	257	253	221	218	
Elektrotechnische Industrie . .	203	227	246	+ 11,8	+ 8,5	-	-	211	199	221	265	254	278	
Inland . . . . .	178	207	230	+ 16,3	+ 11,2	+ 6,5	+ 4,4	201	176	201	247	253	271	
Ausland . . . . .	332	329	329	- 0,9	± 0,0	-	-	264	323	328	362	257	317	
Fahrzeugbau . . . . .	149	145	164	- 2,7	+ 13,0	-	-	166	146	140	148	167	165	
Inland . . . . .	121	120	125	- 0,8	+ 4,3	+ 5,7	+ 7,4	124	127	117	120	134	134	
Ausland . . . . .	236	225	287	- 4,7	+ 27,7	-	-	303	203	213	238	273	263	
Verbrauchsgüterindustrie . . .	156	163	179	+ 4,5	+ 9,8	-	-	174	217	186	179	225	198	
Inland . . . . .	148	155	169	+ 4,7	+ 9,2	+ 4,8	+ 4,2	167	208	177	173	217	188	
Ausland . . . . .	271	277	316	+ 2,2	+ 13,9	-	-	271	343	316	271	342	352	

triffen war jeweils die Investitionsgüterindustrie, im Frühsommer auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Der *Auftragseingang* der Gesamtindustrie lag im Zeitraum Januar bis November 1971 nominal um 4,2% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Preissteigerungsrate von 4,8% ergab sich damit eine reale Abnahme um etwa 0,5%. Insgesamt gesehen bewegten sich damit die Auftragseingänge auf dem Vorjahresniveau. Dieses liegt nominal um fast das Doppelte über dem Niveau von 1962 und um über 50% über dem von 1967. Die Entwicklung der ersten elf Monate von 1970 nach 1971 stellt sich deutlich günstiger dar als diejenige von 1969 nach 1970, wenn man der damaligen Wachstumsrate des Auftragseingangs von 2,7% die entsprechende Preissteigerungsrate von 5,9% gegenüberstellt. Aus der Entwicklung des Indikators „Auftragseingang in Prozent vom Umsatz“ geht hervor, daß sich der Abbau der Auftragsbestände, der im zweiten Halbjahr 1970 begann, 1971 fortgesetzt hat. Im ersten Halbjahr 1971 konnten bei einem durchschnittlichen Stand der Meßzahl von 104 (Vorjahr: 109) nur noch geringe Bestände angesammelt werden. In den folgenden fünf Monaten wurden sie bei einem durchschnittlichen Stand von 99 leicht abgebaut. Die sich in etwa auf dem Niveau von 1970 (Januar bis November) stabilisierende Entwicklung bei der Bestellfähigkeit geht im Gegensatz zum Vorjahr im Jahr 1971 auf die Zurückhaltung bei den Aufträgen aus dem Inland zurück. Diese liegen um 3,8% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (Vorjahr: 5,5%), wogegen die Auslandsaufträge einen Anstieg von 5,9% (Vorjahr: - 3,6%) ausweisen. Dieser Zuwachs geht allerdings im wesentlichen auf die deutlich stärkere Auslandsnachfrage im ersten Halbjahr 1971 zurück. Im Zeitraum Juli bis November 1971 entwickelt diese sich im Vergleich zum Vorjahr nur noch geringfügig stärker als die Inlandsnachfrage. Das im Vergleich zum Vorjahr jeweils stärkere Nachlassen des Auftragseingangs aus dem Ausland ist vermutlich im Zusammenhang mit den währungs- bzw. wirtschaftspolitischen Maßnahmen vom Mai und August des abgelaufenen Jahres zu sehen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen zur Zeit die Investitionsgüterindustrien, da die Entwicklung dieser Bereiche für den weiteren Konjunkturablauf von großer Bedeutung ist. Der Auftragseingang des Zeitraums Januar bis November 1971

geht bei einem nominalen Zuwachs von 1,9% und einer Preissteigerungsrate von 7,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum real um etwa 5% zurück. Dieser Rückgang ist geringer als derjenige von 1969 nach 1970. Damals stand einer nominalen Zunahme von 0,5% eine Preisentwertung von 8,6% gegenüber. Die Inlandsaufträge stagnieren auf dem Vorjahresniveau, die Auslandsaufträge haben etwas zugenommen.

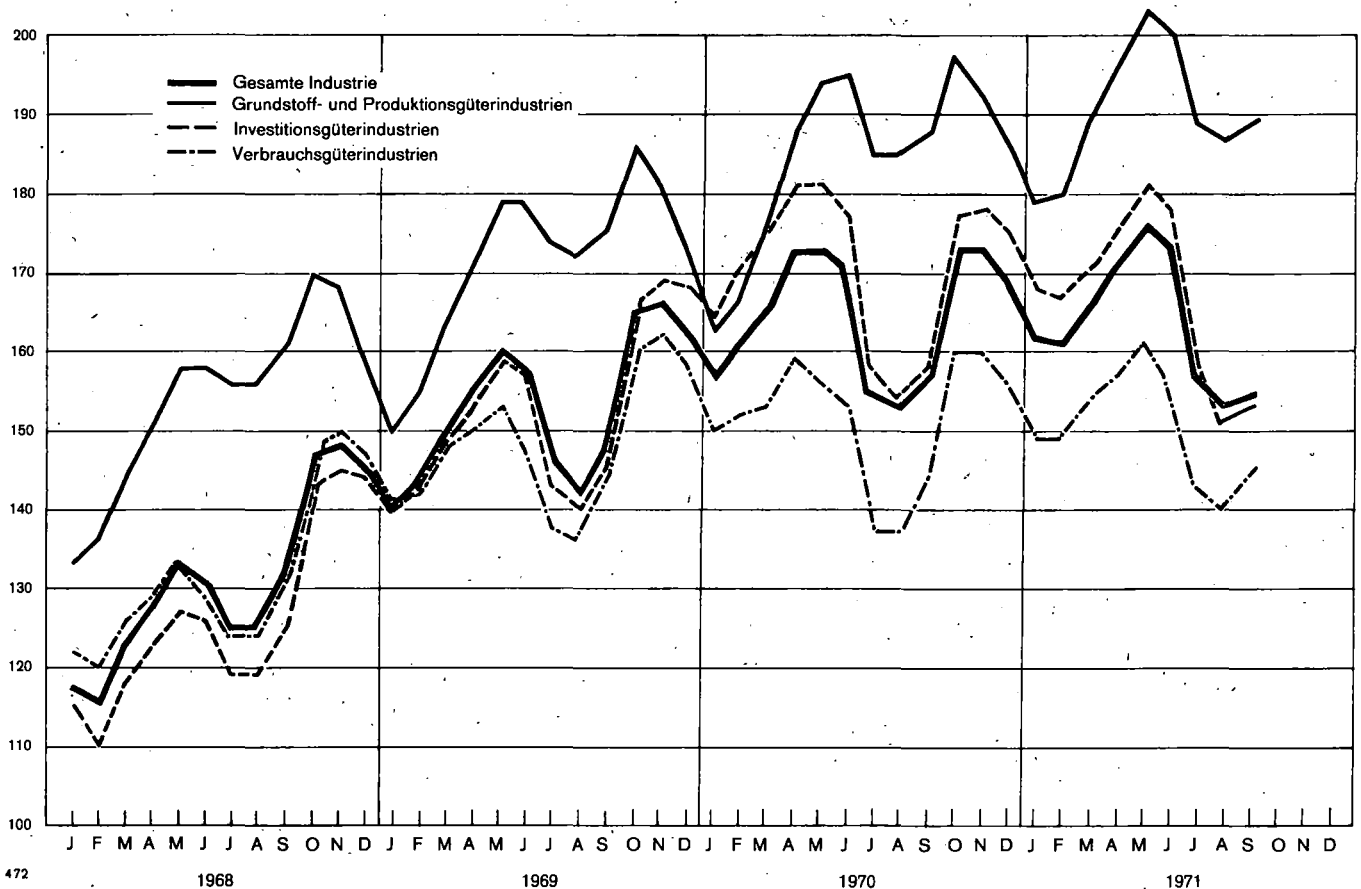
Die Entwicklung in den größten Investitionsgüterindustrien Baden-Württembergs, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und dem Fahrzeugbau, ist sehr unterschiedlich. Die Bestellfähigkeit nimmt beim Maschinenbau im Zeitraum Januar bis November 1971 real um etwa 18% gegenüber dem Vorjahreszeitraum ab. Es sollte allerdings berücksichtigt werden, daß es sich hier um den Abstieg von einem sehr hohen Niveau handelt. So lag der gesamte (Inlands-) Auftragseingang des Maschinenbaus im 4. Quartal 1969 um 18% (23%) über dem der Investitionsgüterindustrie und um 26% (31%) über dem der Gesamtindustrie.

Fast genau umgekehrt läuft der Ordereingang in der Elektrotechnischen Industrie. Zwar wird der Zuwachs von 1969 nach 1970 im abgelaufenen Jahr nicht mehr erreicht, aber das 1970 schon erheblich über dem Industriedurchschnitt liegende Niveau kann nach 1971 nochmals gesteigert werden, so daß es im 3. Quartal 1971 um 31% über dem Industriedurchschnitt liegt. Auffallend ist hier die relativ stärkere Entwicklung der Inlandsnachfrage. Der Auftragseingang im Fahrzeugbau weist von Januar bis November 1971 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit 13,7% einen erheblichen Anstieg auf. (Von 1969 nach 1970 - 2,7%.) Dieser geht allerdings im wesentlichen auf die Zunahme der Nachfrage aus dem Ausland zurück (+ 27,7%). Die größten Steigerungen werden in der ersten Jahreshälfte erreicht. Die Inlandsnachfrage nimmt nominal nur geringfügig zu, real sinkt sie (etwa - 3%).

Die allgemeine Beruhigung der Konjunktur führte auch zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Im Durchschnitt der Monate Januar bis November waren in der Gesamtindustrie monatlich 1,59 Mill. *Beschäftigte* tätig. Diese Zahl lag damit um 1,2% unter dem entsprechenden Durchschnitt des Vorjahreszeitraums, aber immer noch um 3,8% über dem des



## Industrielle Produktion (gleitender 3-Monatsdurchschnitt) 1962 = 100



Jahres 1969. Während allerdings im Jahr 1969 die Zahl der Beschäftigten von Monat zu Monat anstieg, nimmt sie seit dem Höchststand vom Oktober 1970 (1,6 Mill. Beschäftigte) laufend ab.

Besonders stark war mit 2,8% der Rückgang der Beschäftigten in der Verbrauchsgüterindustrie. Hier lag der Monatsdurchschnitt von 413 000 um 1% unter dem entsprechenden Durchschnitt von 1969. Die Grundstoff- und die Produktionsgüterindustrie verzeichnete einen Rückgang gegenüber 1970 um 1,6% auf 209 000 Beschäftigte, die Investitionsgüterindustrie um 0,3% auf 903 000. Die Abnahme ist in der Elektrotechnischen Industrie gegenüber dem Vorjahr mit 3,1% vergleichsweise stark. Sie erreicht damit 1971 einen Monatsdurchschnitt von 250 000 Beschäftigten. Bemerkenswert ist die Entwicklung im Maschinenbau. Hier liegt gegenüber 1970 ein Rückgang um 0,4% vor, während wie von 1969 nach 1970 ein solcher um 1,1% zu verzeichnen war.

Die Zahl der geleisteten *Arbeiterstunden* nimmt erheblich stärker ab als die Zahl der Beschäftigten, was einmal auf den stärkeren Rückgang der Arbeiter im Vergleich zu den Angestellten und zum anderen auf den Abbau von Überstunden bzw. auf die Einführung von Kurzarbeit zurückzuführen ist. Im Zeitraum Januar bis November 1971 geht in der Industrie von 1970 nach 1971 der Monatsdurchschnitt der Arbeiterstunden von 1,86 Mill. auf 1,81 Mill. und damit um knapp 10% zurück. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie in der Verbrauchsgüterindustrie gehen die Arbeiterstunden um 5% zurück. Im gleichen Ausmaß wie die Gesamtindustrie, also um 10%, reduziert der Investitionsgütersektor die Arbeiterstunden. Aus dem relativ starken Rückgang der Arbeiterstunden im Vergleich zur Abnahme der Arbeiterzahl (-2%) ist zu schließen, daß besonders in diesem Industriebereich die zurückhaltende

Wirtschaftsentwicklung weniger über eine Entlastung von Arbeitskräften als vielmehr über die Verkürzung der Arbeitszeit abgefangen wird. In diesem Zusammenhang ist weiterhin bemerkenswert, daß der Maschinenbau, die Elektrotechnische Industrie und der Fahrzeugbau mit -6,4% bzw. -7,7% und -3,2% unter dem durchschnittlichen Rückgang von etwa -10% bleiben.

Die Entwicklung des Arbeitsvolumens ist neben der *Lohn- und Gehaltsentwicklung* eine wichtige Komponente für Höhe und Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme. So schlägt sich der Rückgang in der Zahl der Arbeiter und der Arbeiterstunden in einem deutlich schwächeren Anstieg der Lohnsumme des Zeitraums Januar bis Oktober 1971 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nieder. Während in der Gesamtindustrie von 1969 nach 1970 ein Anstieg der Lohnsumme von 10,3 Mrd. DM auf 12,3 Mrd. DM, also um 20%, vorlag, ist von 1970 nach 1971 eine Zunahme auf 13,3 Mrd. DM und damit um 8% zu verzeichnen. Die Entwicklung der Gehaltssumme verläuft demgegenüber erheblich ausgeglichener. Sie beläuft sich von Januar bis Oktober 1971 auf 7,2 Mrd. DM und erreicht damit einen Anstieg um 15,8% (Vorjahr: 18,4%).

Insgesamt nahm die Lohn- und Gehaltssumme im Januar bis Oktober 1971 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 10,6% zu, wobei die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und die Verbrauchsgüterindustrie mit 9% leicht unter, die Investitionsgüterindustrie mit 11,7% leicht über diesem Durchschnitt lagen. Der Vergleich zur Umsatzentwicklung macht deutlich, daß zwar der Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme mit 10,6% etwas stärker ist als diese (8,3%), aber keineswegs in dem Ausmaß, das für die Entwicklung von 1969 nach 1970 - mit Ausnahme der Investitionsgüterindustrie - zu verzeichnen ist (19,6% gegenüber 13,6%).



**Tabelle 6**  
**Entwicklung im Handwerk**

Handwerksgruppe	1970				1971			Veränderung in % 1971 gegen Vorjahr		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Beschäftigte</b>										
Handwerk insgesamt .....	653 000	672 000	685 000	680 200	669 400	691 000	706 000	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,1
<b>Gesamtumsatz <sup>1)</sup> Mrd. DM</b>										
	6,5	7,9	8,5	10,5	7,9	9,4	9,7	+ 21,6 <sup>2)</sup>	+ 18,9 <sup>2)</sup>	+ 14,4 <sup>2)</sup>
<b>September 1962 = 100</b>										
Handwerk insgesamt .....	158,7	193,5	207,4	260,1	193,0	229,9	237,3	+ 21,6	+ 18,9	+ 14,4
Bau- und Ausbauhandwerk .....	112,9	150,3	194,9	261,0	147,7	190,9	217,5	+ 30,8	+ 27,0	+ 11,6
Metallverarbeitende Handwerke .....	193,6	236,8	234,1	302,0	240,9	287,2	279,7	+ 24,4	+ 21,3	+ 19,5
Holzverarbeitende Handwerke .....	145,2	175,5	183,9	238,0	183,6	203,3	217,8	+ 26,4	+ 15,8	+ 18,4
Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitende Handwerke .....	128,4	136,6	143,7	219,4	138,8	168,5	163,0	+ 8,1	+ 23,4	+ 13,4
Nahrungsmittelhandwerke .....	178,2	202,7	201,9	218,1	196,0	214,9	220,6	+ 10,0	+ 6,0	+ 9,3
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke .....	172,3	196,7	191,9	202,0	186,1	212,9	201,3	+ 8,0	+ 8,2	+ 4,9
Glas-, Papier- und sonstige Handwerke .....	149,3	190,0	229,7	326,9	185,1	228,0	254,5	+ 24,0	+ 20,0	+ 10,8

<sup>1)</sup> Einschließlich Mehrwertsteuer. – <sup>2)</sup> Berechnet von der nicht abgerundeten Zahl.

## Günstige Entwicklung im Handwerk

Während die Industrie im abgelaufenen Jahr bei Umsatz und Beschäftigten deutlich Tendenzen der Beruhigung zeigte, nahmen diese beim Handwerk gegenüber 1970 in etwa vergleichbarem Ausmaß wie von 1969 nach 1970 zu. Mit einem Umsatz von 27 Mrd. DM in den ersten drei Quartalen 1971 lag es um 18% (Vorjahr: 18,7%) über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Entwicklung vom zweiten zum dritten Quartal ist allerdings leicht schwächer als im Vorjahr. Aufgrund der insgesamt kräftigen Entwicklung dürfte jedoch auch in diesem Jahr wie in den Vorjahren vom 3. zum 4. Quartal mit einem Umsatzanstieg von etwa einem Viertel zu rechnen sein. Der Handwerksumsatz – also der Umsatz von selbst hergestellten oder bearbeiteten handwerklichen Erzeugnissen und von sonstigen handwerklichen Leistungen – nahm im Zeitraum Januar bis September von 1970 nach 1971 von 15,8 Mrd. DM auf 19,1 Mrd. DM und damit um 21% zu. Durch den im Vergleich zum Gesamtumsatz etwas stärkeren Anstieg erhöhte sich sein Anteil am Gesamtumsatz auf etwa 70%. In der Entwicklung der *Beschäftigten* überschritt das Handwerk vom zweiten zum dritten Quartal 1971 die 700 000-Grenze. Ende September 1971 beschäftigte es rund 706 000 Personen. Die Beschäftigtenzunahme war im Zeitraum Januar bis September 1971 etwas stärker als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Insbesondere lag das erste Quartal mit 2,6% deutlich über dem entsprechenden Vorjahresquartal, das seinerseits nur um 0,8% über dem von 1969 gelegen hatte.

Im einzelnen zeigte jedoch die Entwicklung in den verschiedenen Handwerksgruppen deutliche Unterschiede. Die beiden in Baden-Württemberg mit Abstand größten Handwerksgruppen, das Bau- und Ausbauhandwerk sowie das Metallverarbeitende Handwerk, die zusammen knapp zwei Drittel der Beschäftigten des Handwerks aufnehmen, weisen auch das stärkste Wachstum aus. Es beträgt bei den Umsätzen jeweils gut 21%, bei den Beschäftigten in der Metallverarbeitung 7,1% und im Bau- und Ausbauhandwerk 2,2%. Der hier vergleichsweise niedrige Zuwachs ist allein auf die saisonbedingte diskontinuierliche Beschäftigungssituation dieser Handwerksgruppen zurückzuführen. So betrug der Anstieg vom 1. Quartal 1971 zum 3. Quartal 11,5%. Auch die Holzverarbeitenden Handwerke entwickeln sich mit 20% (Gesamtumsatz) und 2,8% (Beschäftigte) überdurchschnittlich. In den Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitenden Handwerken nehmen bei beachtlichen Umsatzsteigerungen die Beschäftigten um fast

5% ab. Eine vergleichsweise zurückhaltende Entwicklung weisen die Nahrungsmittelhandwerke – die drittgrößte Handwerksgruppe Baden-Württembergs – aber auch die Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege aus.

## Ausfuhranstieg im Herbst gebremst

Das Jahr 1971 hat von allen am Außenhandel beteiligten Wirtschaftsbereichen ein bisher nicht gekanntes Maß an Anpassungsfähigkeit erfordert. Das wohl einschneidendste Ereignis bestand in der Freigabe der Wechselkurse im Mai. Darauf folgten im August die amerikanischen Einfuhrbeschränkungen und kurz vor Weihnachten endete der von allen Partnern zäh geführte „Währungspoker“ der zehn stärksten Industrienationen unter anderem mit einer Dollarabwertung um 8% und einer DM-Aufwertung von 5%. Diese beiden Paritätsänderungen entsprechen zusammen in etwa jenem Satz, der sich schon vor der Wechselkursneuordnung während des Floating eingeschpielt hatte.

Die baden-württembergische Wirtschaft gilt als besonders exportorientiert, sie hängt auf der anderen Seite aber auch ebenso stark von den jeweiligen Exportmöglichkeiten ab. Die von der Exportindustrie aufgrund der Kursfreigabe befürchteten Unsicherheiten, der sich während der gleichen Periode gegenüber dem Dollar einstellende Aufwertungseffekt und die amerikanischen Importrestriktionen ließen für die Ausfuhr Baden-Württembergs kein gutes Ergebnis erwarten.

Derartige Befürchtungen lassen sich jedoch aufgrund der für die ersten drei Quartale vorliegenden Ausfuhrzahlen nicht bestätigen, auch wenn die Zuwachsrate des Jahres 1970 von 10% nicht mehr ganz erreicht wurde. In diesem Zeitraum liegt das Ausfuhrergebnis um 8% über dem des Vorjahres.

Mit einer nur geringfügig über dem Durchschnitt liegenden Zuwachsrate hat sich auch der Export in die Länder der EWG erhöht, der nach wie vor 38% der Gesamtausfuhr ausmacht. Haupthandelspartner Frankreich – sein Ausfuhranteil beträgt allein 15% – hat über 12% mehr Erzeugnisse aus Baden-Württemberg importiert.

Die Rangfolge der nächstgrößten Abnehmer hat sich in diesem Jahr umgekehrt und wird von den USA mit einem Ausfuhranteil von 10% angeführt, dicht gefolgt von der Schweiz und Italien. Diese Wandlung in der regionalen Exportstruktur ist um so erstaunlicher, als gerade im Fall der USA eine Kumulation der Außenhandelsbemühnisse von weiten Kreisen befürchtet wurde. Bemerkenswert ist daher auch, daß die Ausfuhr nach

Tabelle 7  
Ausfuhr in den ersten drei Quartalen 1971

Handelspartner	Ausfuhr		Zunahme gegenüber 1970 (1.-3. Quartal) in %
	Mrd. DM	Anteil in %	
<b>Insgesamt</b> .....	<b>17,67</b>	<b>100</b>	<b>7,9</b>
davon .....			
Europa .....	12,89	72,9	7,9
darunter .....			
EWG .....	6,71	38,0	8,5
davon .....			
Frankreich .....	2,62	14,8	12,6
Belgien-Luxemburg .....	0,99	5,6	10,1
Niederlande .....	1,43	8,1	6,9
Italien .....	1,68	9,5	3,1
EFTA .....	4,56	25,8	7,2
darunter .....			
Schweiz .....	1,69	9,6	9,2
Amerika .....	2,65	15,0	13,5
darunter .....			
Vereinigte Staaten .....	1,79	10,1	15,8
Afrika .....	0,76	4,3	2,2
Asien .....	1,18	6,7	2,0
Australien und Ozeanien .....	0,19	1,1	11,1

den USA mit 16% am stärksten angewachsen ist. Selbst die mit den EFTA-Ländern erzielte Zuwachsrates liegt über dem Durchschnitt.

Die Produktionsstruktur des Landes prägenden Industrien spielen auch eine im Export vorherrschende Rolle. So stehen an der Gesamtausfuhr gemessen die Erzeugnisse des Maschinenbaus mit 30% an erster Stelle vor dem Fahrzeugbau mit 18% und den elektrotechnischen Erzeugnissen mit 14%.

Die Entwicklung bis September 1971 bestätigt, daß die Kursfreigabe allein einen Exportrückgang größeren Ausmaßes nicht hervorzurufen vermochte, liegen doch die monatlichen Ausfuhrergebnisse von Mai bis zum Ende des dritten Quartals um durchschnittlich fast 8% über den Vorjahreswerten. Offensichtlich hat sich die baden-württembergische Exportwirtschaft hervorragend auf die geänderte Situation einzustellen und die befürchteten Unsicherheiten zu meistern verstanden.

Die bis dahin günstige Entwicklung wird allerdings im Oktober mit einem Rückgang im Gesamtergebnis von 0,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat abrupt abgebrochen. Dieser Umschwung muß zum größten Teil auf die nun voll wirksamen amerikanischen Einfuhrbeschränkungen zurückgeführt werden; das Oktoberergebnis für die USA liegt um immerhin 13,5% niedriger, während noch im August der Vorjahreswert um 55% übertroffen wurde. Mit Beginn des letzten Quartals hat sich auch der Exportanstieg in der EWG erheblich auf 0,3% verlangsamt, doch liegt die Ursache hier ausschließlich bei einem Rückgang von 15% für Italien, dessen Importfreudigkeit aufgrund der momentanen schlechten Wirtschaftslage nur gering sein dürfte.

Die Symptome einer sich anbahnenden unsicheren Entwicklung lassen die Schätzung der Exportleistung für das gesamte Jahr außerordentlich problematisch werden. Doch selbst unter der Annahme, daß auch die verbleibenden beiden Monate nicht mehr ganz ihre Vorjahreswerte erreichen, dürfte für 1971 mit annähernd 24 Mrd. DM (+ 6%) ein neuer Höchststand erreicht werden.

## Boom im Wohnungsbau

Die Entwicklung bei den *Baugenehmigungen* spiegelt die Pläne und Erwartungen der Bauherren wider, denn nahezu jedes Bauvorhaben muß dem Genehmigungsverfahren unterworfen werden. Für das Jahr 1971 können zwei entgegengesetzte Tendenzen festgestellt werden. Während der umbaute Raum der genehmigten Wohngebäude um rund ein Fünftel größer war als im Jahr 1970, verstärkte sich bei allen übrigen Gebäuden (Nichtwohngebäude) der Rückgang auf rund 7%. Mit etwa 54 Mill. cbm (1970 = 44 Mill. cbm) bei den Wohngebäuden und 35 Mill. cbm (1970 = 38 Mill. cbm) bei den Nichtwohngebäuden

wurde jedoch insgesamt eine Steigerung des Volumens um 9 bis 10% erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Wohnbauten im Durchschnitt aufwendiger gebaut werden als Nichtwohnbauten. Für den Hochbau ist also zu erwarten, daß er mit einem *Bauüberhang* von etwa 130 Mill. cbm in das Jahr 1972 geht, das würde gegenüber dem Jahresende 1970 eine Steigerung von mehr als 10% bedeuten. Unter der Voraussetzung, daß möglichst allen Bauherren die Realisierung ihrer Pläne gelingt, ergäbe sich für den Hochbau zu Beginn des Jahres 1972 eine befriedigende Auftragslage.

Die Zahl der 1971 genehmigten Wohnungen (rd. 120 000) ist um etwa 20% höher als das Ergebnis von 1970. Bei den Nichtwohngebäuden beschränkt sich der Rückgang vor allem auf die Anstaltsgebäude, die Gewerblichen Betriebsgebäude und auf die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude, bei den übrigen Gebäudearten ergaben sich zum Teil sogar Steigerungen.

Die Entwicklung beim Nichtwohnbau deutet also, wie andere Kriterien auch, auf eine nachlassende Investitionsneigung der Wirtschaft hin.

Die *Baufertigstellungen* sind nicht nur von der Haltung der Bauherren, sondern auch von der Kapazität des Baugewerbes abhängig. Auffällig ist, daß der Unterschied zwischen Wohngebäuden (37 Mill. cbm) und Nichtwohngebäuden (35 Mill. cbm) nicht so groß ist wie bei den Genehmigungen: für den Wohnbau ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von etwa 14%, für den Nichtwohnbau eine solche von rund 16%. Das gute Ergebnis beim Nichtwohnbau zeigt, daß ein großer Teil der Baugenehmigungen aus den Jahren 1969 und 1970 erst 1971 realisiert werden konnte, zu einer Zeit also, in der die Wirtschaft bei weitem nicht mehr so auf Expansion eingestellt war. Bis zu einem gewissen Grad übt die Bauwirtschaft wegen der langen Realisierungszeiten einen stabilisierenden Einfluß auf die Gesamtkonjunktur aus.

Auch die Zahl der 1971 fertiggestellten Wohnungen lag um knapp 15% höher als 1970. Der Wohnungsbestand im Land dürfte sich damit von 2,9 Mill. auf knapp 3 Mill. erhöht haben, so daß bei rund 9 Mill. Einwohnern für etwa drei Personen eine Wohnung vorhanden ist. Dieses günstige Verhältnis darf nicht darüber hinweg täuschen, daß als Folge gestiegener Ansprüche bei einem Teil der Bevölkerung (Zweitwohnungen usw.) für bestimmte Personengruppen eine Wohnungssuche in Ballungsgebieten immer noch überaus schwierig ist.

Ganz entgegengesetzt zum Wohnungsbau verlief die Entwicklung beim *Tiefbau*. Die Statistik der Auftragsvergaben, im wesentlichen beschränkt auf Auftragsvergaben der öffentlichen Hand, weist hier für die ersten zehn Monate 1971 eine gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 15% niedrigere Auftragssumme aus, obwohl eine Intensivierung von Infrastrukturmaßnahmen sicher in vielen Regionen angebracht wäre. Vermutlich wirkt sich auf diesem Sektor außer Konjunkturmaßnahmen aber auch die angespannte Finanzlage von Ländern und Gemeinden besonders aus.

Die Entwicklung der im Bauhauptgewerbe geleisteten *Arbeitsstunden* bestätigt die festgestellten Tendenzen. Im Jahr 1971 wurden für den Wohnungsbau rund 10% mehr Arbeitsstunden aufgewendet als im Vorjahr, insgesamt etwa vier Zehntel der überhaupt vom Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden. Für den landwirtschaftlichen Bau ergab sich nach einem Rückgang um rund ein Drittel im Jahr 1970 für 1971 nur ein Rückgang um knapp 20%. Für die Bauvorhaben der Landwirtschaft wurde jedoch nur noch etwa 1% der Gesamtarbeitszeit aufgewendet. Der gewerbliche und industrielle Bau hielt seinen Anteil von gut 20%, doch ist nach den Baugenehmigungen 1971 hier für das kommende Jahr mit einer Minderung zu rechnen. Öffentliche und Verkehrsbauten erforderten in den ersten neun Monaten des Jahres genau so viel Arbeitsstunden wie 1969. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies allerdings einen Rückgang um 5%. Nicht betroffen ist hiervon der öffentliche Hochbau, für den sogar eine schwache Steigerung errechnet wurde. Annähernd unverändert blieben auch die Arbeitsstunden im Straßenbau, während der Sonstige Tiefbau anteilmäßig noch unter das Niveau von 1969 sank.

**Tabelle 8**  
**Baugenehmigungen und Baufertigstellungen**

Zeit	Baugenehmigungen			Baufertigstellungen			Baugenehmigungen	Baufertigstellungen		
	1971	1970	1969	1971	1970	1969	Veränderung in %			
							1969/70	1970/71	1969/70	1970/71
Umbauter Raum in 1000 cbm										
Wohngebäude										
I. Vierteljahr . . . . .	11 030	8 649	8 482	3 367	2 662	2 915	+ 2,0	+ 27,5	- 8,7	+ 26,5
II. Vierteljahr . . . . .	13 521	11 390	9 890	4 647	4 322	4 405	+ 15,2	+ 18,7	- 1,9	+ 7,5
III. Vierteljahr . . . . .	15 461	12 271	10 641	8 366	7 321	7 590	+ 15,3	+ 26,0	- 3,5	+ 14,3
Oktober . . . . .	4 566	4 264	3 416	5 530	4 989	4 068	+ 24,8	+ 7,1	+ 22,6	+ 10,8
Januar bis Oktober . . .	44 578	36 574	32 429	21 910	19 294	18 978	+ 12,8	+ 21,9	+ 1,7	+ 13,6
Nichtwohngebäude										
I. Vierteljahr . . . . .	7 800	7 677	7 594	3 790	1 869	2 459	+ 1,1	+ 1,6	- 24,0	+ 102,8
II. Vierteljahr . . . . .	9 164	9 410	10 035	3 865	4 532	3 104	- 6,2	- 2,6	+ 46,0	- 14,7
III. Vierteljahr . . . . .	9 636	11 587	11 691	6 563	5 862	6 092	- 0,9	- 16,8	- 3,8	+ 12,0
Oktober . . . . .	2 897	2 879	3 537	4 691	4 067	3 818	- 18,6	+ 0,6	+ 6,5	+ 15,3
Januar bis Oktober . . .	29 497	31 553	32 857	18 909	16 330	15 473	- 4,0	- 6,5	+ 5,5	+ 15,8
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden										
I. Vierteljahr . . . . .	25 107	20 310	19 275	7 792	6 001	6 712	+ 5,4	+ 23,6	- 10,6	+ 29,8
II. Vierteljahr . . . . .	30 011	25 198	22 506	10 791	10 011	10 687	+ 12,0	+ 19,1	- 6,3	+ 7,8
III. Vierteljahr . . . . .	34 565	28 588	24 455	18 795	16 738	17 584	+ 16,9	+ 20,9	- 4,8	+ 12,3
Oktober . . . . .	10 009	10 085	7 711	12 033	11 103	9 309	+ 30,8	- 0,8	+ 19,3	+ 8,4
Januar bis Oktober . . .	99 692	84 181	73 947	49 411	43 853	44 292	+ 13,8	+ 18,4	- 1,0	+ 12,7

Die Zahl der im Bauhauptgewerbe insgesamt geleisteten Arbeitsstunden entsprach recht genau dem Wert von 1970, doch deuten alle Zeichen darauf hin, daß die Beanspruchung der einzelnen Sparten auch im Jahr 1972 sehr unterschiedlich sein wird. Falls nicht aus konjunkturellen Gründen kurzfristig eine gesteigerte Vergabe von Tiefbauaufträgen beschlossen wird, dürfte die Hälfte der Kapazität im Bauhauptgewerbe vom Wohnungsbau beansprucht werden. Im Interesse einer gleichmäßigen Beschäftigung des Bauhauptgewerbes wäre eine stärkere Berücksichtigung des Öffentlichen und Verkehrsbaus sicher wünschenswert, zeigten sich doch schon im Herbst 1971 erste Zeichen einer Abwanderung von Arbeitskräften vom Tiefbau zum Hochbau oder in die Industrie. Das Gesamtstellenangebot im Bauhauptgewerbe lag im September 1971 um 6,4% unter dem Vorjahreswert. Engpässe wurden im Baunebengewerbe festgestellt, da die Kapazitäten nicht immer ausreichten, in den fertiggestellten Rohbauten die Maler-, Gipser-, Platten- und Fliesenlegerarbeiten ohne Überstunden und Samstagsarbeit zu erledigen.

### Handel unterschiedlich belebt – Günstige Nachsaison im Fremdenverkehr

Von der privaten Nachfrage gingen auch im abgelaufenen Jahr kräftige Impulse zur konjunkturellen Belebung aus. Sie wurden in einer weiteren Steigerung der Einzelhandelsumsätze deutlich, die in den ersten zehn Monaten, gemessen am gleichen Zeitraum des Vorjahres, etwas mehr als 10% betrug. Der reale Zuwachs dürfte jedoch angesichts der allgemeinen Preissteigerungen nur etwa halb so hoch zu veranschlagen sein. Für den Rest des Jahres ist mit einer Beruhigung der Nachfrage zu rechnen, das geht unter anderem aus einem Bericht des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hervor, der sich auf die Einschätzung zahlreicher Einzelhandelsbetriebe im ganzen Bundesgebiet stützt.

Bis Redaktionsschluß zeichnen sich für Baden-Württemberg noch keine gravierenden Anzeichen einer abflauenden Nachfrage ab, doch läßt die Gegenüberstellung der bis Oktober bekannten Umsätze mit den entsprechenden Vorjahresumsätzen auf gewisse Veränderungen der Nachfragestruktur schließen. So zeigt sich eine deutliche Beruhigung des Geschäfts bei Nahrungs- und Genußmitteln, Bekleidung, Wäsche, Schuhen sowie Papierwaren, Druckerzeugnissen nebst pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen. Dafür

zeigt sich der Handel mit Hausrat und Wohnbedarf sowie elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen zunehmend belebt. Abflauend sind die Umsätze bei Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen und als rückläufig erweist sich der Verkauf von Kohle und Mineralölprodukten. Ob und wie weit sich diese Tendenzen auch auf das Weihnachtsgeschäft der beiden letzten Monate übertragen, ist noch nicht ganz zu übersehen. Da und dort werden natürlich die mit Streik und Aussperrung verbundenen Einkommenseinbußen der betroffenen Käufer-schichten an einer Mäßigung der Nachfrage nicht ganz unbeeinträchtigt sein. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, kann das Weihnachtsgeschäft im ganzen angesichts der Konsolidierung der gesamtwirtschaftlichen Situation der Rekordhöhe des Vorjahres nicht folgen, was aber nicht unbedingt negativ gewertet werden muß.

Als Bäder- und Reiseland ist Baden-Württemberg mit seinen weltbekannten Erholungs- und Kurorten, besonders im Schwarzwald- und Bodenseeraum, nach Bayern das zweitstärkste Fremdenverkehrsland im Bundesgebiet. Der in den vergangenen Jahren ständig zunehmende Trend der Fremdenmeldungen und -übernachtungen war offenbar für 1971 nur noch im abgeschwächten Maße gültig. Alleine aus der bis jetzt bekannten Umsatzentwicklung im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe läßt sich erkennen, daß sich die um 6 bis 8% betragenden Steigerungen vorwiegend aus den höheren

**Tabelle 9**  
**Umsätze im Einzelhandel 1971**

Veränderung gegenüber den entsprechenden Vorjahres-  
ergebnissen in %

Ausgewählte Einzelhandelsgruppen	Januar bis Oktober	Juli bis Oktober	Oktober
Nahrungs- und Genußmittel	8,3	6,8	4,1
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	9,0	8,9	2,8
Hausrat, Wohnbedarf	10,6	11,9	14,0
Elektrotechnische und optische Erzeugnisse, Uhren	11,5	13,9	15,6
Papierwaren, Druckerzeugnisse	12,8	8,8	5,5
Pharmazeutische, kosmetische u. ä. Erzeugnisse	15,3	13,5	11,5
Kohle und Mineralölzeugnisse	7,8	- 8,4	- 24,8
Fahrzeuge, Maschinen, Büroeinrichtungen	10,6	6,0	0,9

Preisen ergeben, so daß das Geschäft im ganzen zwar immer noch geringfügig zugenommen hat, damit aber auch nicht ganz den gehegten Erwartungen entsprach. Sicherlich sind die preisgünstigen Auslandsaufenthalte eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz des einheimischen Fremdenverkehrsgewerbes. Die in die Reisesaison des Sommers gefallen weltwährungspolitischen Unsicherheiten sind sicher nicht ganz ohne Einfluß auf diese Ergebnisse im Blick auf den Ausländerreiseverkehr. Einen gewissen Ausgleich brachte allerdings die durch das schöne Herbstwetter außerordentlich begünstigte Nachsaison. Zahlreiche Häuser, vor allem im Schwarzwald, konnten ihre Bettenkapazität noch bis zu 80% nutzen. Auch der Reise- und Pasantenverkehr belebte das Gaststättengewerbe in einem für diese Jahreszeit ungewöhnlichen Ausmaß.

Von der zunehmenden Reisefreudigkeit der Bevölkerung aus gesehen ist der Anteil der Personen, die im Jahr mindestens eine Urlaubsreise unternehmen, von 27% im Jahre 1962 auf 36% im Jahre 1969 und auf 38% im Jahre 1971 gestiegen, so berichtet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Danach ist auch ein rasches Anwachsen des Anteils der Auslandsreisen zu beobachten, der zuletzt schon die 40%-Grenze erreicht hat. Verständlicherweise ist die Reisequote in den Städten höher als in ländlichen Bezirken.

### Differenzierte Entwicklung in der Verkehrswirtschaft

Bedeutung und Gewicht des Verkehrswesens als Bestandteil der Gesamtwirtschaft lassen sich mit Relativzahlen, wie etwa der eines Leistungsanteils von etwa 4% am Bruttoinlandsprodukt des Landes oder eines Anteils von mehr als 5% an der Zahl der in der Wirtschaft (ohne Landwirtschaft) Beschäftigten nur einseitig erkennen. Das wird deutlich, wenn man die verschiedenen Verkehrsträger als für die ausgewogene Infrastruktur des Landes unerläßliche Elemente erkennt, deren richtige Integration in den Wirtschaftsprozess erst das reibungslose Funktionieren der gesamten Wirtschaft garantiert. Diese Zusammenhänge wurden bereits an anderer Stelle umfassend gewürdigt<sup>3</sup>.

Das bisher vorliegende Zahlenmaterial läßt nur unzusammenhängende und noch unvollständige Aussagen über die Entwicklung der einzelnen Verkehrsträger im abgelaufenen Jahr zu; es zeigt aber die Reagibilität dieses Bereiches auf die allgemeine Konjunktursituation deutlich auf.

So hat sich der *Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen* gegenüber dem Vorjahr weiter günstig entwickelt. Sowohl vom allgemeinen Linienverkehr als auch von den Sonderformen des Linienverkehrs (z. B. Werkverkehr, Schülerverkehr usw.) sind neben steigenden Fahrgastzahlen auch vermehrte Einnahmen zu buchen. Dagegen hatte der Gelegenheitsverkehr, der überwiegend Ausflugsfahrten beinhaltet, bei leicht abnehmender Fahrgastzahl (- 2,4%) einen kräftigen Einnahmeanstieg von knapp 11%, was zweifellos mit entsprechenden Fahrpreiserhöhungen verbunden ist.

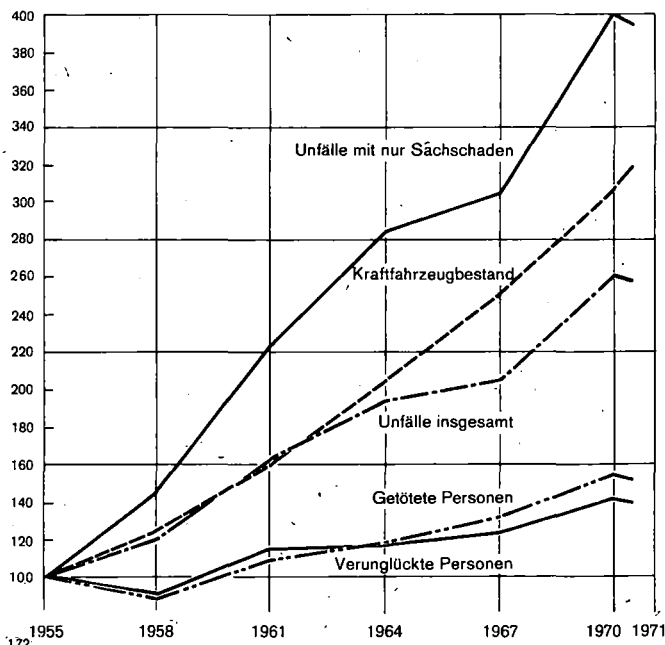
Zwar liegen zur Beurteilung des *Straßengüterverkehrs* noch keine geeigneten Anhaltspunkte vor, doch läßt sich alleine aus der um etwa 3% gestiegenen Zahl der Lastkraftwagen ableiten, daß sich die Auftragssituation eher verbessert als verschlechtert hat.

Presseberichten zufolge war die Verkehrsleistung der *Bundesbahn* im vergangenen Jahr rückläufig, obwohl die Einnahmen infolge angehobener Tarife um etwas mehr als 7% zunahmen. Nach bis jetzt vorliegenden Ergebnissen zeigt sich die in Bruttotonnenkilometern gemessene Leistung der Güter- und Dienstzüge mit einer Zunahme von knapp 4% etwas günstiger. Im Reiseverkehr ergab sich eine Leistungssteigerung von mehr als 6%, deren endgültige Beurteilung jedoch erst nach dem Vorliegen der Rechnungsergebnisse möglich sein wird.

Die Leistungen der *Deutschen Bundespost* stellen sich hauptsächlich im Brief- und Paketverkehr, im Fernsprech- und Tele-

Schaubild 4

Entwicklung im Straßenverkehr  
1955 = 100



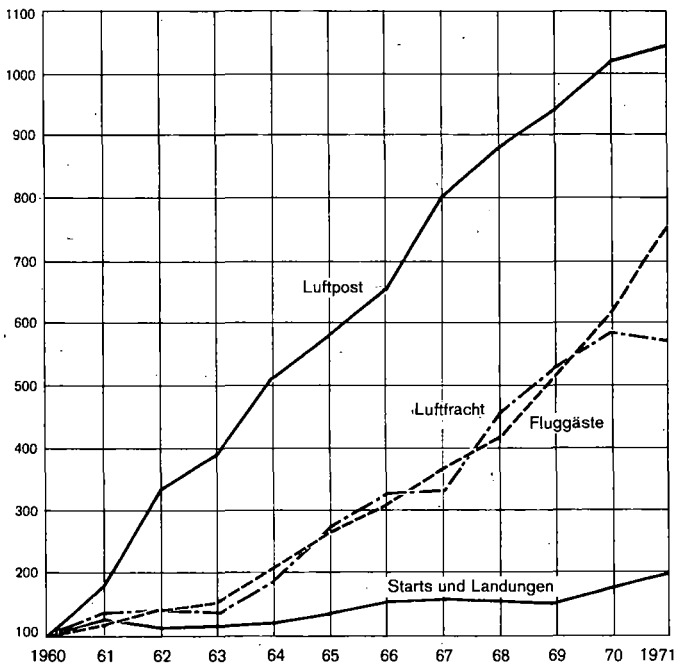
grammverkehr sowie im umfangreichen Geldverkehr dar. Sie folgten auch im abgelaufenen Jahr dem anhaltend steigenden Trend der Vorjahre. Ausgenommen blieb allerdings der Telegrammverkehr (- 7,5%), dessen schon seit Jahren rückläufige Entwicklung in Verbindung mit einer starken Zunahme der Telefongespräche (7,13%) gesehen werden muß. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang noch die von der Bundespost abgewickelten Ton- und Fernseh-Rundfunkgenehmigungen, die bereits 1970 die Fünfmillionengrenze überschritten hatten.

Mit einem Beförderungsaufkommen von nahezu 50 Mill. Tonnen ist die *Binnenschifffahrt* zu den Hauptverkehrsträgern des Landes zu rechnen. Ihre Bedeutung liegt in der Beförderung von Massengütern wie Sand, Kies, Kraftstoffe und Heizöl auf dem von Rhein, Neckar und Main gebildeten Wasserstraßennetz. Der Schwerpunkt des Güterumschlags liegt bei den Häfen Mannheim und Karlsruhe im Oberrheingebiet sowie Heilbronn im Neckargebiet, die zu den größeren Binnenhäfen des Bundesgebiets zählen. Nach Nordrhein-Westfalen verzeichnete Baden-Württemberg im Jahre 1970 mit 48,1 Mill. Tonnen das zweitgrößte Umschlagsvolumen, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 10,3% entsprach. Zwar läßt der infolge der anhaltenden Baukonjunktur noch steigende Bedarf an Baustoffen auch für die Zukunft eine weitere Steigerung der Umschlagsleistung erwarten, gleichzeitig weisen aber Strukturverschiebungen, wie zum Beispiel der zunehmende Rohöltransport in Rohrleitungen, auf Transporteinschränkungen im Bereich der Binnenschifffahrt hin. Der besonders in der zweiten Jahreshälfte witterungsabhängige Niedrigwasserstand verursachte eine weitere Umschlagseinbuße wegen der nur zu einem Teil nutzbaren Ladekapazität der Schiffe. Beide Tendenzen spiegeln sich deutlich in dem bereits leicht rückläufigen Umschlagsergebnis der ersten 10 Monate des Jahres 1971, das nur etwa 95% des vergleichbaren Vorjahreswertes erreichen konnte.

Trotz der in Pressemitteilungen hervorgehobenen allmählichen Sättigung des Fahrzeugmarktes, die sich auch in langsamer wachsenden Einzelhandelsumsätzen äußert, ist der *Bestand an Kraftfahrzeugen* bis zur Jahresmitte bereits auf nahezu 2,8 Millionen angewachsen, was gegenüber dem Stand am Jahresende 1970 eine Zunahme um weitere 5% bedeutet.

<sup>3</sup> Vergleiche N. Mach, Struktur und Entwicklung der Verkehrswirtschaft in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1971.

# Der gewerbliche Luftverkehr auf dem Flughafen Stuttgart 1960 = 100



272

Gemessen an den Zuwachsraten vergleichbarer Zeiträume der Vorjahre liegt dieses Ergebnis knapp hinter dem von 1970 noch an der Spitze. Mehr als 80% des Fahrzeugbestandes entfallen auf Personenkraftwagen, so daß die Verkehrsdichte bereits den Rekordstand von 254 Personenkraftwagen je 1000 Einwohner erreicht hat (Bundesgebiet 244).

Trotz der gewachsenen Verkehrsdichte war die Zahl der in den ersten zehn Monaten registrierten *Straßenverkehrsunfälle*, gemessen am entsprechenden Vorjahresergebnis, leicht rückläufig (- 3,4%).

Auch die Zahl der Verkehrstoten sowie der verletzten Personen nahm erfreulicherweise ab. Allerdings mahnt der Vergleich mit den außergewöhnlich hohen Unfallziffern des Jahres 1970 einstweilen noch zu vorsichtigem Optimismus. So wird man beispielsweise von einem Erfolg der ab 1. März 1971 gültigen neuen Straßenverkehrsordnung erst sprechen können, wenn sich die abnehmende Tendenz weiterhin fortsetzt und der Unfallpegel des Jahres 1969 unterschritten wird.

Immer noch zeigt sich die Verkehrsmisere von einer erschreckenden Seite, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten Personen mit schätzungsweise 74 000 nahezu der Einwohnerzahl der Stadt Reutlingen entspricht. Selbst die Zahl der etwa 2700 tödlich Verunglückten liegt nur geringfügig unter der Einwohnerschaft des bekannten Kurortes Bad Liebenzell.

Auch der mit den Straßenverkehrsunfällen verbundene Sachschaden belastet die Volkswirtschaft nicht unbeträchtlich. Daneben sollten aber auch die verkehrsbedingten Umweltschäden gesehen werden, deren Beseitigung zu den dringenden Problemen der Gesellschaft gehört.

Die *Luftverkehrsleistungen* des internationalen Flughafens Stuttgart sind auch im abgelaufenen Jahr der zunehmenden Tendenz der Vorjahre gefolgt. Alleine die Zahl der im gewerblichen Luftverkehr gestarteten und gelandeten Maschinen beträgt nach ersten Schätzungen nahezu 52 000, das entspricht einer durchschnittlichen täglichen Bewältigung von 145 Start- und Landevorgängen. Während die Zahl dieser Flugzeugbewegungen seit 1960 um 100% zugenommen hat, be-

trägt diese Steigerung bei den angekommenen und abgeflogenen Passagieren (ohne Umsteiger) etwa 650%, so daß die Fluggastfrequenz 1971 auf mehr als 1,8 Mill. angestiegen ist. Dieses recht ungleiche Wachstum läßt vermuten, daß neben einer vollständigeren Belegung ein Trend zu größeren Maschinen besteht, der nicht zuletzt mit dem Ausbau der Start- und Landebahnen in Verbindung steht. Bemerkenswert ist die stark wachsende Tonnage der Luftpostsendungen, deren wesentliche Ursache nicht nur im erweiterten Anschluß Stuttgarts an das internationale Flugnetz, sondern vielmehr in der weiteren Verbesserung des Nachtpostdienstes und der zuschlagfreien Beförderung gewöhnlicher Auslandspostsendungen zu sehen ist.

## Effektivverdienste weiter gestiegen

Nach den Ergebnissen der Industrieberichterstattung waren im Oktober 1971 in der baden-württembergischen Industrie 2,4% weniger Personen beschäftigt als im Oktober 1970. Obgleich diese Entwicklung auf ein Nachlassen der Überhitzung hindeutet, erhöhten sich die Löhne und Gehälter nominell fast im gleichen Ausmaß wie 1970.

Der von der amtlichen Lohnstatistik ausgewiesene durchschnittliche *Bruttostundenverdienst* der Arbeiter in der Industrie sowie im Hoch- und Tiefbau erhöhte sich von 6,56 DM im Oktober 1970 auf 7,21 DM im Oktober 1971, also um 9,9% (Vorjahr + 12,5%), bei den Arbeiterinnen war die Erhöhung von 4,75 DM auf 5,29 DM mit 11,4% fast so stark wie im Vorjahr (+ 11,5%). Zu berücksichtigen ist, daß die Ergebnisse der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie gegen Ende des Jahres, die sogar zu Streiks und Aussperrungen führten, in diesem wichtigen Bereich unserer Industrie Lohnerhöhungen um 7,5% brachten, die bei der Ermittlung der Werte für Oktober 1971 noch nicht berücksichtigt werden konnten.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen war die Entwicklung vom Oktober 1970 bis zum Oktober 1971 durchaus unterschiedlich. Weit überdurchschnittlich (+ 15,4%) erhöhten sich die Stundenlöhne der Männer im Bereich „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“, die mit 8,30 DM je Stunde in keinem anderen Bereich auch nur annähernd erreicht wurden. Etwas über dem Durchschnitt liegende Lohnerhöhungen wurden für die Stundenlöhne der Männer in den Verbrauchsgüter- sowie in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien erreicht. Für den Hoch- und Tiefbau ergab sich eine Erhöhung von 10,1%, die somit deutlich schwächer war als in der Zeit vom Oktober 1969 bis Oktober 1970 (17,6%).

Auch bei den Stundenlöhnen der Frauen ergaben sich mit + 15,2% für die „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“ Spitzenwerte. Deutlich geringer als im Durchschnitt der Gesamtindustrie war mit + 8,9% die Steigerung der Frauenlöhne in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. In den Nahrungs- und Genußmittelindustrien wurden dagegen fast 14% erreicht.

Bei den *Bruttowochenverdiensten* waren die Steigerungsraten mit 8,1% bei den Männern und 9,2% bei den Frauen geringer als bei den Stundenlöhnen, da durch Kurzarbeit und Abbau der Überstunden die durchschnittliche Wochenarbeitszeit zurückging. Diese nominale Lohnentwicklung muß jedoch auch im Zusammenhang mit der Preisentwicklung gesehen werden. Da der Preisindex für die Lebenshaltung mittlerer Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte von Oktober 1970 bis Oktober 1971 um 6,2% gestiegen ist, ergibt sich für diesen Zeitraum nur noch eine Reallohnsteigerung von etwa 2%.

Für den Bereich des Handwerks liegen erst Angaben über die Lohnentwicklung in neun ausgewählten Handwerkszweigen bis Mai 1971 vor. Von Mai 1970 bis Mai 1971 waren hier die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste um 14,4% gestiegen, die Wochenverdienste um 13,8%.

Die *Monatsgehälter* der Angestellten in der Industrie sowie im Hoch- und Tiefbau, die im vorhergehenden Jahr gegenüber der Entwicklung der Wochenverdienste der Arbeiter etwas zurückgeblieben waren, hatten dagegen im Zeitraum 1970/71 mit + 10,7% für die kaufmännischen und + 11,4% für die tech-

nischen Angestellten stärkere Steigerungen zu verzeichnen. Verglichen mit der Preissteigerung von 6,2% ergibt sich also für die Angestellten ein beachtlicher realer Zuwachs, der bei den Männern etwa 4,5%, bei den Frauen fast 6% ausmachte. Beim öffentlichen Dienst ergaben sich 1971 für die Arbeiter Erhöhungen der Monatslöhne um etwa 10%, während Beamte und Angestellte etwa 8% mehr verdienten. Diese Beispiele geben jedoch nur einen groben Anhalt, da die Bezüge in den mannigfaltigen Lohn- und Gehaltsgruppen sowie Altersstufen nicht gleichmäßig verändert wurden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Arbeitnehmer im Jahr 1971 im allgemeinen ganz beachtliche nominelle Einkommenssteigerungen erzielt haben, besonders wenn man berücksichtigt, daß sich auf die für die Industrie ausgewiesenen Werte die Änderungen nach dem Tarifabschluß in der Metallindustrie noch nicht ausgewirkt haben. Bei weitem geringer waren dagegen infolge der Preisentwicklung die Steigerungen bei den Realeinkommen.

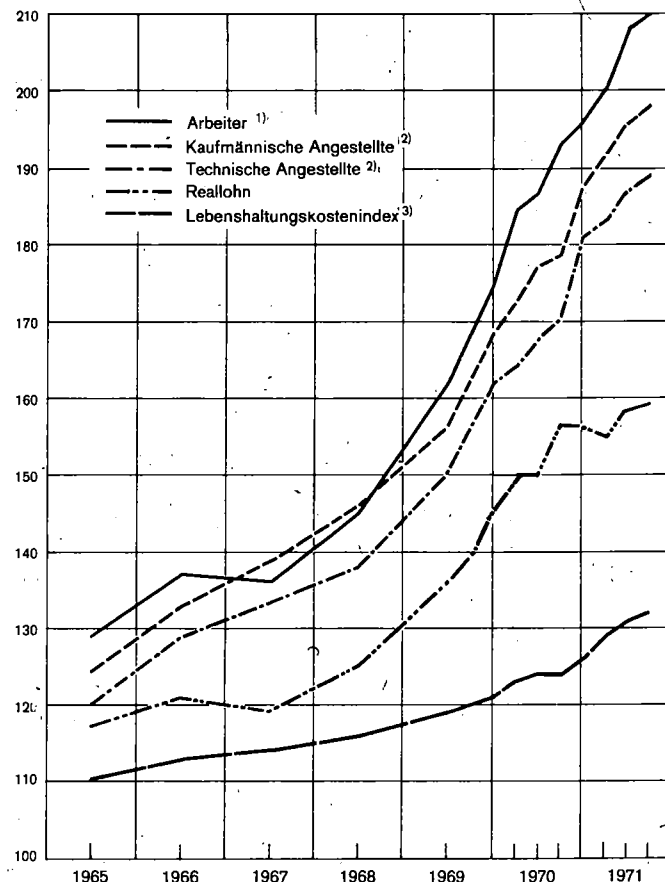
## Lebenshaltung weiter verteuert

Die Auftriebstendenz der Preise, die seit 1968 auf nahezu allen Handelsstufen verzeichnet wurde, setzte sich auch 1971 fort. Ein Vergleich der verschiedenen Preisreihen läßt jedoch erkennen, daß der Verlauf durchaus nicht einheitlich war und daß eine Entwicklung, etwa auf der Erzeugerstufe, erst mit Verspätung und unter Umständen erheblich abgeschwächt auf den Verbrauchermarkt durchschlägt.

Die *Erzeugerpreise* industrieller Produkte zeigten im Jahr 1970 unter dem Druck der großen Nachfrage eine stark steigende Tendenz und lagen im Durchschnitt der ersten 11 Monate um 5,9% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Jahr 1971 hat allerdings die deutlich normalisierte Wirtschaftsentwicklung zu einer Beruhigung der Preisbewegung geführt. Für die Gesamtindustrie betrug der Preisanstieg vom Januar bis zum November 1971 gegenüber dem Vorjahr 4,8%. Besonders deutlich war der Rückgang in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, vergleichsweise am schwächsten war er in der Verbrauchsgüterindustrie. Auch im Investitionsgüterbereich ließ das Anziehen der Preise nach.

Wie besonders aus der Graphik deutlich wird, verlief die Entwicklung beim *Preisindex für die Lebenshaltung* mittlerer 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte anders. Hier betrugen im ersten Halbjahr 1970 die Preissteigerungen etwa 3,5%; sie stiegen gegen Jahresende auf 4,1% an. Die für das Jahr 1971 erhoffte Verlangsamung des Preisanstiegs ist nicht eingetreten. Vielmehr wurden bereits im ersten Halbjahr die Verbrauchsgüterpreise um bis zu 5,4% heraufgesetzt und im Dezember lag das Preisniveau sogar 6,5% über dem vom Dezember 1970. In diesem Monat waren die Preise für Bekleidung 7,1%, die für Ernährung um 6,8%, für Wohnungsmiete um 6,6%, für Heizung und Beleuchtung um 6,8% höher als im Vorjahr. Die höchsten Preissteigerungen hatten sich bei den Verkehrsausgaben mit 11,2% ergeben. Relativ geringere Steigerungen wurden bei den

Schaubild 6:  
Entwicklung der Verdienste und der Preise<sup>1)</sup>  
(1962 = 100)



- 1) Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau)  
2) Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe)  
3) Preisindex für die Lebenshaltung, Mittlere Verbrauchergruppe

372

Preisen für Getränke und Tabakwaren (+4,1%), Hausrat (+4,7%), Reinigung und Körperpflege (+5,0%), Bildung, Unterhaltung und Erholung (+4,8%) festgestellt. Besondere Beachtung verdienen auch die *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte*, die, unter dem vorwiegenden Einfluß der EWG-Marktordnungen, im Jahr 1970 als einzige rückläufig waren. Diese Entwicklung verstärkte sich zum Jahresende, und im Dezember 1970 wurde mit -12% der Tiefpunkt ausgewiesen.

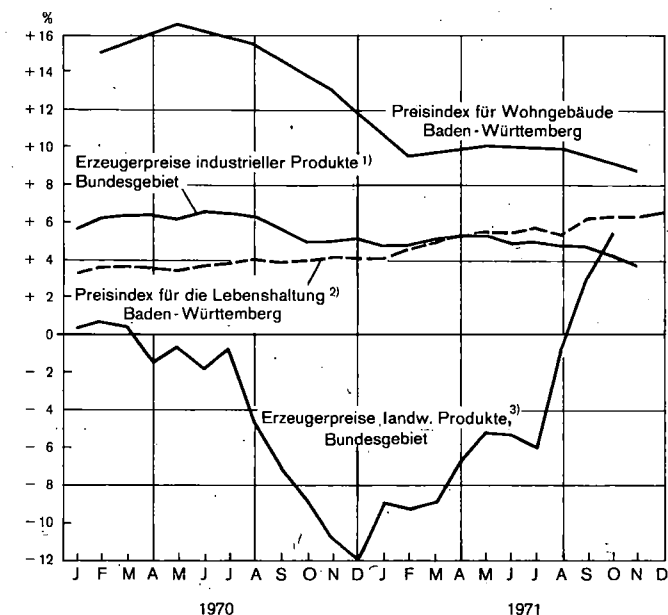
Tabelle 10  
Lohn- und Gehaltsentwicklung in der Industrie<sup>1)</sup>

Begriff	Männlich					Weiblich				
	Oktober 1969	Oktober 1970	Oktober 1971	1969/70	1970/71	Oktober 1969	Oktober 1970	Oktober 1971	1969/70	1970/71
	DM			Veränderung in %		DM			Veränderung in %	
Arbeiter										
Bruttostundenverdienst	5,83	6,56	7,21	+12,5	+ 9,9	4,26	4,75	5,29	+11,5	+11,4
Bruttowochenverdienst	265	297	321	+12,1	+ 8,1	176	195	213	+10,8	+ 9,2
Angestellte										
Bruttomonatsverdienst										
Kaufmännische	1 467	1 611	1 783	+ 9,8	+10,7	910	1 017	1 145	+11,8	+12,6
Technische	1 605	1 742	1 940	+ 8,5	+11,4	985	1 097	1 231	+11,4	+12,2

<sup>1)</sup> Einschließlich Hoch- und Tiefbau.

## Preisentwicklung 1970 und 1971

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Einschließlich Energie 2) Mittlere Verbrauchergruppe 3) Ohne Mehrwertsteuer und Aufwertungsanpassung  
672

Mit Jahresbeginn 1971 ergab sich eine Umkehr der Entwicklung, aber erst im August war der Vorjahresstand annähernd wieder erreicht, um im September erstmals um 3% überschritten zu werden. Im Oktober betrug die Steigerung gegenüber dem Vorjahresmonat 5,3%. Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft haben sich allerdings etwas günstiger entwickelt, als die Indexreihe ausweist, da bei deren Berechnung der Aufwertungsanpassung nicht berücksichtigt werden konnte. Es ist jedoch zu befürchten, daß die für das zweite Halbjahr 1971 ermittelte Entwicklung bei den Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte sich auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten ver-

stärkend auswirkt. Einen Ausgleich könnte hier nur die weitere Stabilisierung der Erzeugerpreise industrieller Produkte bringen.

Da die Kapazität der Bauindustrie der nach der Rezession rasch steigenden Investitionsneigung nicht gewachsen war, ergaben sich durch den Nachfrageüberhang im Jahr 1970 außergewöhnlich hohe Baukostensteigerungen, die sich erst gegen Jahresende von 16 auf 13% ermäßigten. Auch im Jahr 1971 liegen die *Bauleistungen* an der Spitze der Preissteigerungen, allerdings sind sie mit rund 10% im Laufe des Jahres und 8,7% im November relativ nicht so hoch wie im Vorjahr. Zwar hat sich damit der außergewöhnliche Preisauftrieb in der Bauwirtschaft verlangsamt, doch ist die Abschwächung geringer geworden, als zu Jahresbeginn erwartet worden war.

Erstaunlich ist, daß die Höhe der Baukosten keineswegs die Baulust dämpfte. Die Baufertigstellungen 1971 übertreffen die des Jahres 1970 erheblich, und bei den Genehmigungen für Wohnbauten ist geradezu ein neuer Boom zu verzeichnen. Wenn die Bauvorhaben realisiert sind, können die hohen Erstellungskosten zu höheren Mieten führen, und es wird sich zeigen, ob dadurch auch die Bestandsmieten beeinflusst werden.

## Dennoch hohe Sparleistung

Bei den Kreditinstituten zeigten sich noch keine Anzeichen eines wirtschaftlichen Umschwungs. Die Nachfrage nach Krediten, die in der augenblicklichen Situation noch als Zeichen einer gewissen wirtschaftlichen Aktivität angesehen werden kann, hat unverändert angehalten. Insgesamt haben die Kredite an Nichtbanken, das sind Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Stellen, gegenüber dem Vorjahr um über 14%, nämlich rund 8,5 Mrd. DM, zugenommen, so daß der Kreditbestand gegen Jahresende ungefähr 66,7 Mrd. betragen haben dürfte. Bei der fristenmäßigen Zusammensetzung des Kreditzuwachses läßt sich eine etwas stärkere Nachfrage nach Krediten mit längeren Laufzeiten erkennen. Sehr kräftig nahmen vor allem auch die Kredite an öffentliche Haushalte zu, deren Anteil an den längerfristigen Krediten nahezu 18% beträgt.

Tabelle 11

## Preisentwicklung 1970 und 1971 (1962 = 100)

Jahr Monat	Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>1)</sup>		Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>2)</sup>		Lebenshaltung Mittlere Verbrauchergruppe		Bauleistungen an neuen Wohngebäuden	
	Index	Veränderung geg. Vorjahr in %	Index	Veränderung geg. Vorjahr in %	Index	Veränderung geg. Vorjahr in %	Index	Veränderung geg. Vorjahr in %
<b>1970</b>								
Januar .....	105,8	+5,8	106,4	+0,3	121,4	+3,3		
Februar .....	106,3	+6,2	106,4	+0,7	121,8	+3,6	135,4	+15,0
März .....	106,6	+6,4	107,6	+0,3	122,3	+3,7		
April .....	106,8	+6,4	105,3	-1,5	122,7	+3,6		
Mai .....	106,8	+6,2	103,7	-0,8	123,0	+3,5	141,1	+16,7
Juni .....	107,4	+6,5	103,4	-1,8	123,7	+3,7		
Juli .....	107,6	+6,4	105,3	-0,9	123,9	+3,9		
August .....	107,8	+6,2	100,7	-4,9	123,9	+4,1	142,6	+15,6
September ..	108,0	+5,8	98,8	-7,1	123,7	+3,9		
Oktober .....	108,5	+5,0	97,0	-8,8	123,9	+4,0		
November .....	109,1	+5,0	96,2	-10,8	124,6	+4,3	145,1	+13,2
Dezember .....	109,6	+5,1	96,0	-12,0	124,8	+4,1		
<b>1971</b>								
Januar .....	110,9	+4,8	96,8	-9,0	126,4	+4,1		
Februar .....	111,5	+4,9	96,5	-9,3	127,6	+4,8	148,4	+9,6
März .....	112,0	+5,1	98,0	-8,9	128,5	+5,1		
April .....	112,4	+5,2	98,2	-6,7	129,1	+5,2		
Mai .....	112,4	+5,2	98,2	-5,3	129,7	+5,4	155,4	+10,1
Juni .....	112,7	+4,9	97,8 p	-5,4	130,4	+5,4		
Juli .....	113,0	+5,0	98,9 p	-6,1	130,8	+5,6		
August .....	113,0	+4,8	99,8 p	-0,9	130,6	+5,4	156,8	+10,0
September ..	113,1	+4,7	101,8 p	+3,0	131,2	+6,1		
Oktober .....	113,1	+4,2	102,1 p	+5,3	131,6	+6,2		
November .....	113,1	+3,7			132,3	+6,2	157,7	+8,7
Dezember .....					132,9	+6,5		

<sup>1)</sup> Bundesgebiet, Inlandsabsatz, einschließlich Energie, ohne Mehrwertsteuer. - <sup>2)</sup> Bundesgebiet, ohne Mehrwertsteuer und ohne Aufwertungsanpassung. - p = vorläufig.



Tabelle 12

**Entwicklung der Spareinlagen und Kredite**

Jahres- ende	Spareinlagen		Kredite	
	Insgesamt	Zunahme geg. Vorjahr	Insgesamt	Zunahme geg. Vorjahr
	Mill. DM			
1968 <sup>1)</sup>	24 501,7	3 555,7	44 548,3	4 586,4
1969	27 606,2	3 104,5	51 943,0	7 394,7
1970	30 466,9	2 860,7	58 228,6	6 285,6
1971 <sup>1)</sup>	34 300,0	3 833,1	66 720,0	8 491,4

<sup>1)</sup> Geschätzt.

Die nach wie vor günstige Entwicklung bei den *Spareinlagen* hat mit dazu beigetragen, den erhöhten Kreditbedarf zu decken. Obwohl andere Sparformen an Bedeutung gewinnen, erfreut sich das Kontensparen noch immer großer Beliebtheit. Der Bestand an Spareinlagen, der am Jahresende rund 34 Mrd. DM betrug, ist gegenüber dem Vorjahr um über 12% angestiegen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch bei der nach dem Kontensparen wichtigsten Sparform, dem Bausparen, ab. So weit sich bis jetzt aus den Geschäftsabschlüssen der in Baden-Württemberg ansässigen Bausparkassen, bekanntlich sind darunter die größten des Bundesgebiets, erkennen läßt, sparen die Bausparer wie eh und je. Die *Bauspareinlagen* sind im September auf 21,5 Mrd. DM angestiegen, gegenüber 18,7 Mrd. DM im Vorjahr. Die bis zum September getätigten Neuabschlüsse liegen zahlenmäßig 9,7% und nach der Vertragssumme 4,4% über dem Vorjahr. Ob das bisherige Rekordergebnis des Vorjahres erreicht oder gar übertroffen werden kann, läßt sich allerdings erst feststellen, wenn das Ergebnis des vierten Quartals vorliegt, in dem nach den bisherigen Erfahrungen nahezu die Hälfte des Neugeschäfts abgeschlossen wird. Die allein bei diesen beiden Sparformen erzielte Geldvermögensbildung verdient in Anbetracht der über 6prozentigen Verteuerung der Lebenshaltung besondere Beachtung und ist zweifellos auch ein Zeichen für ein stärker wachsendes reales Masseneinkommen.

**Jeder 7. Bürger bezieht abgeleitetes Einkommen**

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 lebten am Stichtag 1,3 Mill. (14,6%) Menschen in Baden-Württemberg überwiegend von Renten, Pensionen und dergleichen, wobei noch nicht diejenigen berücksichtigt werden konnten, die als Angehörige von Renten- und Pensionsempfängern unterhalten werden. Dementsprechend stammen gut 15% des Einkommens der Privaten Haushalte aus Leistungen der Sozialversicherung, der öffentlichen Pensionskassen, der Kriegsofferversorgung, Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Im Bundesgebiet machte dieser Betrag 1970 über 86 Mrd. DM aus. Leider fehlt es noch an detaillierten Zahlen. So kann man nur beispielhaft die Entwicklung der von der Deutschen Bundespost für die Arbeiterrentenversicherung ausgezahlten Renten betrachten. Danach erhöhte sich der Rentenbestand im 1. Halbjahr 1971 gegenüber dem 1. Halbjahr 1970 um gut 3% auf 957 000, wobei sich überdurchschnittlich der Bestand an Empfängern von Altersruhegeld für Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres erhöhte. Stärker als der Kreis der Rentenempfänger veränderte sich mit einem Zuwachs von rund 8% der Betrag der von der Bundespost ausgezahlten Arbeiterrenten, der im 1. Halbjahr 1971 mehr als 1,6 Mrd. DM ausmachte. Auch bei den Angestelltenrenten lag die durchschnittliche Erhöhung im Zuge der Rentenanpassung bei 5,5%.

Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der Leistungsfälle der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe am 15. Oktober 1971 gegenüber dem Vorjahr. Im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist allerdings die Anzahl von Personen, die Leistungen erhielten (5975 aus der Arbeits-

losenversicherung und 495 Arbeitslosenhilfe) nach wie vor gering.

Bei den gesetzlichen Krankenkassen (hier nur Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen) ergab sich im Jahr 1970 durch das Lohnfortzahlungsgesetz eine wesentliche Änderung. Etwa 98% der versicherungspflichtigen Mitglieder hatten damit 1971 einen Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens sechs Wochen. Der Krankenstand lag im Juli 1971 nach dem deutlichen Anstieg zwischen 1969 und 1970 bei den Ortskrankenkassen mit 4,59% etwas über dem Vorjahresergebnis, bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen (mit 5,76% und 3,60%) jedoch geringfügig darunter. Die vielfach befürchtete Häufung von Krankmeldungen nach Einführung der Lohnfortzahlung ist nicht eingetroffen. Langfristig dürfte sich bezogen auf die Gesamtmasse eine Erhöhung um 1% ergeben.

**Staatsausgaben noch im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Nach den Ansätzen des *Haushaltsplans 1971* werden die Gesamtausgaben und damit das Haushaltsvolumen des Staates um 11,1% auf 12,1 Mrd. DM steigen. Von den erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften werden 1971 Ausgaben in Höhe von 8,4 Mrd. DM erwartet. Darunter sind an Personalausgaben beim Staat 5,1 Mrd. DM (+ 16,6%), bei den Gemeinden 2,2 Mrd. DM (+ 24,7%) veranschlagt. Die Sachinvestitionen sollen sich beim Staat auf 1,1 Mrd. DM (+ 12,8%) und bei den Gemeinden auf 2,4 Mrd. DM (+ 15,7%) belaufen. Bei einer Aufgliederung der Ausgaben nach Funktionsbereichen zeigt sich, daß im Staatshaushalt der Sektor des Bildungswesens mit 3,7 Mrd. DM die größte Bedeutung hat. In den Gemeindehaushalten steht er mit 1,3 Mrd. DM an zweiter Stelle hinter der Position Soziale Sicherung mit 1,7 Mrd. DM und vor den Positionen Gesundheit und Sport sowie Wohnungswesen und Raumordnung mit je etwa 1,3 Mrd. DM.

Im Zeitraum Januar bis November 1971 gingen aus *Bundes- und Landessteuern* Einnahmen in Höhe von 21,1 Mrd. DM ein. Das entspricht einer Zunahme um 3,1 Mrd. DM oder 17,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Steuern vom Einkommen, die mit 18,2% auf 10,2 Mrd. DM stiegen, und die Steuern vom Umsatz, die mit 18,7% auf 6,3 Mrd. DM zunahmen, trugen zu diesem Zuwachs etwa im gleichen Umfang bei. Damit erreichen insbesondere die Steuern vom Umsatz nicht mehr die hohen durchschnittlichen Zuwachsraten des ersten Halbjahres 1971. Die auf hohem Niveau stagnierenden Umsätze dürften hier ihren ersten Niederschlag finden. Bei den Steuern vom Einkommen ist es die Lohnsteuer, die mit 22,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum (auf 6,1 Mrd. DM) ein immer noch kräftiges Wachstum aufweist, das aber nicht mehr ganz das Ausmaß vorangehender Zeiträume erreicht. Die Ursache für diese Entwicklung dürfte in dem gegenüber dem Vorjahr verringerten Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme liegen. Demgegenüber nimmt die veranlagte Einkommensteuer mit 18,2% (auf 2,4 Mrd. DM) zu. Hier fallen aus der Veranlagung für 1969 immer noch Abschlußzahlungen an. Nachdem die bisherige negative Entwicklung der Körperschaftsteuer im Oktober ausgesetzt hatte, wies sie im Zeitraum Januar bis November eine leichte Zunahme von 4,7% (auf 1,4 Mrd. DM) auf.

Von dem gesamten Steueraufkommen in den Monaten Januar bis November entfielen 7,7 Mrd. DM auf die Landeseinnahmen, was einem Anstieg von 14,8% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Damit liegen die Einnahmen um 2,6 Prozentpunkte über dem Sollansatz des Staatshaushaltsplans 1971 von 12,2%. Aus den gemeinschaftlich erzielten Steuern flossen dem Land dabei 6,3 Mrd. DM zu (+ 15,9%), aus reinen Landessteuern 1,4 Mrd. DM (+ 10,4%). Unter diesen haben die Kraftfahrzeugsteuer mit knapp 600 Mill. DM und die Vermögensteuer mit 485 Mill. DM die größte Bedeutung.

Auf Bundeseinnahmen entfielen insgesamt 11,7 Mrd. DM (+ 16,5%). Dabei belief sich der Anteil der gemeinschaftlichen Steuern auf 9,2 Mrd. DM (+ 18,9%). Die reinen Bundessteuern betrugen 2,5 Mrd. DM (+ 8,3%).

**Tabelle 13**  
**Ausgaben des Staates und der Gemeinden (Gv)**  
**nach dem Staatshaushaltsplan**

Funktionen Aufgabenbereiche	1971			Zunahme gegen 1970
	Staat	Gemein- den <sup>1)</sup> (Gv)	Zu- sammen	
	Mill. DM			%
Allgemeine Dienste .....	1'513,4	581,0	2 094,4	19,1
darunter				
Politische Führung und zentrale				
Verwaltung .....	654,2	433,5	1 087,7	16,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	434,8	147,5	582,3	22,0
Rechtsschutz .....	399,1	-	399,1	21,6
Bildungswesen, Wissenschaft, For- schung, kulturelle Angelegenheiten	3 717,0	1 323,0	5 040,0	22,6
darunter				
Schulen .....	1 893,3	1 170,3	3 063,6	22,4
Wissenschaftliche Hochschulen (einschließlich Kliniken)	1 263,2	-	1 263,2	25,7
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung .....	618,3	1 670,5	2 288,8	15,1
Gesundheit, Sport und Erholung .....	362,6	1 300,2	1 662,8	22,8
Wohnungswesen, Raumordnung <sup>2)</sup> , kommunale Gemeinschaftsdienste	638,0	1 265,7	1 903,7	17,0
darunter				
Wohnungswesen und				
Raumordnung <sup>2)</sup> .....	638,0	291,9	929,9	13,7
Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	973,8	973,8	20,3
Ernährung, Landwirtschaft				
und Forsten .....	470,4	15,4	485,8	- 0,1
Energie- und Wasserwirtschaft,				
Gewerbe, Dienstleistungen .....	258,8	116,7	375,5	8,9
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	509,2	887,8	1 397,0	0,6
darunter				
Straßen .....	355,6	887,8	1 243,4	- 2,3
Wirtschaftsunternehmen .....	188,7	312,0	500,7	9,3
Allgemeine Finanzwirtschaft .....	3 791,1	971,5	4 762,6	7,7
<b>Bruttoausgaben .....</b>	<b>12 067,5</b>	<b>8 443,8</b>	<b>20 511,3</b>	<b>14,3</b>

<sup>1)</sup> Ohne Gemeinden unter 10 000 Einwohner. - <sup>2)</sup> Einschließlich Vermessungs-  
wesen.

Aus den *kommunalen Steuern* kamen in den ersten drei Quar-  
talen 1971 knapp 2 Mrd. DM auf, das waren 25,5% mehr als  
im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die größte Bedeutung  
für die kommunalen Finanzen haben die Gewerbesteuern. Sie  
stiegen von 1,2 Mrd. DM im Januar bis September 1970 auf  
1,6 Mrd. DM im entsprechenden Zeitraum 1971 und damit um  
32%. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß das  
Gewerbesteueraufkommen im vorigen Jahr relativ niedrig lag,  
da die Gemeinden aufgrund der Steuerneuverteilung ab  
1.1. 1970 noch 1969 hohe Gewerbesteuervorauszahlungen ver-  
einnehmen hatten. Von dem Gewerbesteueraufkommen wurde  
eine Umlage in Höhe von 439 Mill. DM an Bund und Länder  
abgeführt. Diese war damit um über die Hälfte höher als im  
entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auf der anderen Seite  
flossen den Gemeinden aus dem 14%igen Anteil an der Lohn-  
steuer und an der veranlagten Einkommensteuer 1971 in den  
ersten drei Quartalen 664,7 Mill. DM und damit um 25% mehr  
zu als im Vorjahr. Dabei ist aber zu beachten, daß im Ergebnis  
1971 noch die auf 1. Februar 1971 fällige Restzahlung (21 Mill.  
DM) aus dem Jahre 1970 enthalten ist. Insgesamt ergab sich  
damit aus der Neuverteilung der Steuern für die Gemeinden ein  
Einnahmeplus von knapp 225 Mill. DM. Den Gemeinden flossen  
in den ersten drei Quartalen Einnahmen in Höhe von 2,2 Mrd.  
DM zu, was gegenüber 1970 eine Zunahme von 21,6% be-  
deutet. Mit 309 Mill. DM (+ 5,7%) spielten hier auch die Grund-  
steuern, besonders die Grundsteuer B, eine wichtige Rolle. Aus  
den übrigen Gemeindesteuern kamen 100 Mill. DM (+ 6,4%).

### Geringere Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt

Im Bundesgebiet, und daraus lassen sich auch gewisse Schlüsse  
auf Baden-Württemberg ziehen, ist im ersten Halbjahr 1971 das  
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen um 11,5% gestiegen.  
Mehr als die Hälfte des Zuwachses entfiel allerdings auf Preis-

steigerungen, denn das reale Wachstum betrug in diesem Zeit-  
abschnitt 4%. Im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren hat  
sich die reale Entwicklung deutlich abgeschwächt.  
Für Baden-Württemberg wird das Bruttoinlandsprodukt nach  
vorläufigen Berechnungen im Jahr 1971 rund 116 Mrd. DM  
betragen. Das Warenproduzierende Gewerbe stellt dabei nach  
wie vor mit einem Beitrag von nahezu 60% die weitaus wich-  
tigste Quelle des Wohlstandes dar. Der Anteil der Landwirt-  
schaft geht weiter zurück und dürfte unter 3% liegen. Die  
Güterverteilung (Handel und Verkehr) trägt 14% zum Inlands-  
produkt bei und die Dienstleistungsbereiche (einschließlich  
Staat) sind mit rund 23% beteiligt. Gegenüber dem Vorjahr  
beträgt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei jewei-  
ligen Preisen ungefähr 10%, bei Ausschaltung der Preisein-  
flüsse wird das reale Wachstum, das im Vorjahr noch 5,8%  
betrugen hat, allerdings nur bei 3% liegen.

### Zusammenfassung und Ausblick

Die im Jahr 1971 angefallenen Ergebnisse der Volkszählung  
vom 27. Mai 1970 haben deutlich gemacht, daß Baden-Würt-  
temberg im Zeitraum 1961 bis 1970 mit rund 15% das größte  
*Bevölkerungswachstum* unter den Bundesländern aufwies. Bei  
in den letzten Jahren sinkenden Geburtenziffern geht dieses  
Wachstum im wesentlichen auf ausländische Zuwanderer zu-  
rück. Es ist gesellschafts- und wirtschaftspolitisch von großer  
Bedeutung, daß im abgelaufenen Jahr jeder 12. Einwohner des  
Landes keine deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Nach den  
neuesten Fortschreibungsergebnissen für 1971 betrug die Ein-  
wohnerzahl des Landes knapp 9,1 Mill. Im abgelaufenen Jahr  
hat allerdings der Zustrom der Zuwanderer im Vergleich zu den  
Vorjahren etwas nachgelassen. Diese Entwicklung dürfte in  
Verbindung mit der sich beruhigenden Wirtschaftslage zu  
sehen sein und vermutlich auch im kommenden Jahr anhalten.  
Bemerkenswert sind die Volkszählungsergebnisse auch hin-  
sichtlich der regionalen Bevölkerungsentwicklung. So weisen die  
wirtschaftlich starken Kreise insbesondere aufgrund der Aus-  
länderzuwanderung ein überdurchschnittliches Wachstum auf.  
Demgegenüber ist für die auch im Landesentwicklungsplan als  
strukturschwach eingestuften Kreise nur eine schwache Zu-  
nahme zu verzeichnen. In den Kernzonen der Ballungsgebiete  
kommt es sogar zu Bevölkerungsabnahmen.

Verlängerung der Ausbildungszeiten und Förderung des Be-  
suchs weiterführender Schulen haben im abgelaufenen Jahr-  
zehnt zu einer Ausweitung der *Schülerzahlen* um rund 50%  
geführt. Auch von 1970 auf 1971 hat ihre Zahl deutlich auf nun-  
mehr fast 1,4 Mill. zugenommen. Einen besonders starken Zu-  
wachs verzeichneten dabei die Realschulen. Die Übergangs-  
quoten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten haben  
sich in den letzten Jahren angeglichen, weisen allerdings  
immer noch beachtliche Unterschiede auf. Eine noch stärkere  
Angleichung dürfte eine der Ursachen für das auch in Zukunft  
zu erwartende Ansteigen der Übergangsquoten sein. Auch von  
einer stärkeren Förderung des Besuchs weiterführender Schu-  
len durch Kinder aus Nichtakademikerfamilien, die bisher noch  
stark unterrepräsentiert sind, dürften starke Impulse aus-  
gehen.

Sehr viel stärker als die Schülerzahlen hat die Anzahl der in  
Baden-Württemberg *Studierenden* zugenommen, und zwar  
von 1970 auf 1971 um 10% auf fast 67 600. Hierzu haben die  
Studienanfänger stark beigetragen. Diese Entwicklung dürfte  
sich in den kommenden Jahren noch weiter fortsetzen, da die  
Zahl der Abiturienten auch zukünftig deutlich zunehmen wird.  
Verlängerte Ausbildung und Zunahme der Bevölkerung im  
noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähigen Alter haben dazu  
geführt, daß zwischen den beiden Volkszählungen die Zahl  
der *Erwerbspersonen* mit 4% sehr viel geringer zugenommen  
hat als die Bevölkerungszahl. Parallel dazu ist die Erwerbsquote  
von 52% auf 47% gesunken. Die noch zu verzeichnende  
geringe Zunahme der Erwerbspersonen ist fast ausschließlich  
auf Zuwanderer zurückzuführen. Besonderheiten in der Alters-  
struktur der Bevölkerung sowie auch die zukünftige Förderung

der verlängerten Ausbildung dürften die Ursachen dafür sein, daß in absehbarer Zukunft nicht mit einer Änderung der Situation gerechnet werden kann.

Die im Boom 1969/70 entstandene Überbeschäftigung wurde im Jahr 1971 deutlich abgebaut. So nahm gegenüber 1970 die Anzahl der offenen Stellen ab, auf der anderen Seite stieg die *Arbeitslosenquote* auf 0,5%, womit sie allerdings noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,0% lag. Es kam weiterhin zu einem Abbau von Überstunden und gelegentlicher Einführung von Kurzarbeit. Diese Entspannungstendenzen dürften auch in naher Zukunft fortauern. Anhaltspunkte für eine rezessive Entwicklung liegen zur Zeit jedoch nicht vor.

Die Analyse der *wirtschaftlichen Entwicklung* im abgelaufenen Jahr läßt erkennen, daß der konjunkturelle Verlauf die ursprünglichen Erwartungen in mancher Hinsicht noch übertroffen hat. So konnte bei Produktion und Umsatz der Industrie das hohe Niveau des Vorjahres gehalten werden. Es zeigt sich damit aber zugleich, daß der Boom seinen Höhepunkt überschritten hat und daß der Normalisierungsprozeß – der ja im Grunde auch angestrebt wurde – in dem zurückliegenden Jahr an Raum gewonnen hat. Insbesondere kam es zu einer Differenzierung der Entwicklung in den einzelnen Branchen. Während sich die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie auch die Verbrauchsgüterindustrie vergleichsweise günstig entwickelten, kam es im Bereich der Investitionsgüterindustrien – und hier besonders beim Maschinenbau – zu einer Entwicklungsabschwächung. Namentlich die hier nachlassenden Auftragseingänge sind ein Indiz dafür, daß in nächster Zeit von Neuinvestitionen keine große Belebung ausgehen wird.

Ob und inwieweit das Nachlassen des Investitionsbooms das Wachstum der Privaten Einkommen und des Privaten Verbrauchs verlangsamen wird, läßt sich noch nicht absehen. Bis zum Augenblick gibt es dafür nach der neuesten Lohnentwicklung keine Anhaltspunkte.

Die Preisentwicklung war im vergangenen Jahr insgesamt unbefriedigend. Besonders auf der Verbraucherstufe hat sich, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, der Preisabstand gegenüber dem Vorjahr auf 6% erhöht, ohne daß bisher Anzeichen einer Preisberuhigung sichtbar geworden wären. Bei den industriellen Erzeugerpreisen waren dagegen in der zweiten Jahreshälfte Ansätze für eine gewisse Stabilisierung zu erkennen. Von hier aus dürften damit keine Impulse für weitere Preissteigerungen zu erwarten sein.

Nach den bis jetzt vorliegenden Indikatoren kann also damit gerechnet werden, daß sich die konjunkturelle Entwicklung in den nächsten Monaten in ruhigeren Bahnen bewegen wird. Das ist unter anderem auch die einhellige Ansicht der Wirtschaftsforschungsinstitute. Dauer und Intensität der Abschwächung – beim Sozialprodukt wird mit einer realen Zunahme von nur 1% gerechnet – lassen sich jedoch diesmal nicht sicher voraussehen. Eine wesentliche Rolle für den Konjunkturverlauf im Jahr 1972 wird aber zweifellos die Investitionsneigung als Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung spielen. Bei der Bauwirtschaft wird es darauf ankommen, wie stark die Impulse sind, die von der Baunachfrage der öffentlichen Hand ausgehen.

Dr. Georg Wuchter / Dr. Ingrid Fügel-Waverijn /  
Gerhard Schmidt / Dipl.-Volkswirt Hans-Hermann Steiger

## Hoher Lohnzuwachs trotz nachlassender Konjunktur

Nach den Ergebnissen der Industrieberichterstattung waren im Juli 1971 in der baden-württembergischen Industrie (ohne Baugewerbe) 3,4% oder rund 41000 Arbeiter weniger beschäftigt als im gleichen Monat des Jahres 1970. Allein in der elektrotechnischen Industrie ging in dieser Zeit die Zahl der Arbeiter um 11000 zurück, beim Maschinenbau um 6000, in der Textilindustrie um 5500 und in der feinmechanischen und optischen Industrie um 4000. Trotz der rückläufigen Arbeiterzahlen erhöhte sich die Bruttolohnsumme um 4,7%. Die monatliche Lohnsumme je Arbeiter erreichte im Juli 1971 durchschnittlich 1208 DM, woraus sich ein Zuwachs gegenüber Juli 1970 von 8,4% errechnet. Dieser Wert läßt wohl die Richtung der Lohnentwicklung, nicht aber ihr volles Ausmaß erkennen. Die im Rahmen der vierteljährlichen Verdiensterhebung ermittelten durchschnittlichen Bruttowochenverdienste für alle Industriearbeiter (ohne Baugewerbe) sind im gleichen Jahresabschnitt um 12,5% gestiegen. Die Gründe liegen in den unterschiedlichen Begriffsbestimmungen. In die industriestatistische Lohnsumme sind die Löhne der gewerblichen Lehrlinge, der Halbtagsbeschäftigten usw. einbezogen, die einen niedrigeren Durchschnittsverdienst als bei der vierteljährlichen Lohnstatistik bewirken und deren unterschiedliche Anzahl auch die Veränderungsraten der Durchschnittsverdienste beeinflusst. Darüber hinaus können sich zeitlich anders gelagerte Nachzahlungen und Sonderzahlungen (Urlaubsgeld) sowie eine verschiedene Anzahl von Lohnabrechnungsperioden auf die industriestatistischen Durchschnitte und deren Veränderungen auswirken.

Die Zahl der Angestellten hat von Juli 1970 zu Juli 1971 um

2,8% zugenommen, wie die Industrieberichterstattung ausweist. Gleichzeitig ist die Bruttogehaltssumme um 14,3% und die durchschnittliche Gehaltssumme je Angestellten um 11,2% gestiegen. Dieser Wert stimmt mit den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdienstatistik besser überein, obwohl hier die gleichen Vorbehalte zu machen sind wie für die Arbeiter.

Die Lohn- und Gehaltsindizes, die durch Anwendung einer gleichbleibenden Beschäftigtenstruktur aus den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung gewonnen werden, sind von Juli 1970 zu Juli 1971 um knapp über 11% gestiegen und erreichten damit nicht mehr die Rekord-Zuwachsraten des vorangegangenen Jahresabschnittes, so daß durchaus von einer Abschwächung des Lohnauftriebs gesprochen werden kann (*Tabelle 1*). Die langfristige Zusammenstellung läßt jedoch erkennen, daß die erreichten Verbesserungen ein sehr hohes Niveau aufweisen. Diese Entwicklung ist keineswegs ungewöhnlich, da die Löhne – wie übrigens auch die Verbraucherpreise – dem Konjunkturablauf nachhinken.

Entscheidend für den Arbeitnehmer ist jedoch nicht so sehr die nominelle Verbesserung seines Einkommens, wie vielmehr die Entwicklung der ihm verbleibenden realen Kaufkraft, denn anhaltende Preissteigerungen zehren einen Teil seines Einkommenszuwachses auf. Da der Preisindex für die Lebenshaltung mittlerer Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte in Baden-Württemberg im Berichtsjahr (Juli 1970 zu Juli 1971) um 5,6% gestiegen ist, ist die Steigerung des sogenannten Reallohnindex in der gleichen Zeit mit + 5,9% merklich geringer ausgefallen als im vorangegangenen Jahresabschnitt (+ 9,1%, vergleiche *Schaubild*).